

Michael Brie

DIE LINKE als sozialistische Klassenpartei



**Plädoyer in der strategischen Diskussion
Mit einem Vorwort von Heinz Bierbaum**

Michael Brie ist Philosoph, war bis 2023 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist aktuell Mitglied der Programmkommission der Partei DIE LINKE.

Die Drucklegung wurde finanziell gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2025; ISSN 0721-1171

© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V.

Einzelexemplare über den Buchhandel oder direkt bei:

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Titelfoto von der Website des Landesverbands Berlin der Partei DIE LINKE

Druck und Buchbindearbeiten: Giro-Druck + Verlag GmbH, Schenefeld

ISBN 978-3-96488-262-2

Michael Brie

DIE LINKE¹ als sozialistische Klassenpartei

Plädoyer in der strategischen Diskussion

Ich widme diese Analyse meinem Freund und
Genossen Michael Chrapa (1950–2003).²

Inhalt

Vorwort (von Heinz Bierbaum)	2
1. Das Lernen lernen!	4
2. »Hauptwiderspruch« und »Hauptrichtung« der Epoche	9
2.1 Der linke kapitalismuskritische Ansatz	9
2.2 Der linksprogressive Ansatz	16
3. Die These der Faschisierung – ihr Potenzial und ihre Grenzen	19
4. Die strategische Kernaufgabe der LINKEN	26
4.1 Bündnis gegen Rechts	27
4.2 Mitte-Links-Bündnis	30
4.3 Aufbau eines Pols der Hoffnung	33
4.4 Drei strategische Schritte	34
5. Der Kampf um die Arbeiterklasse	36
5.1 Der Verlust der Arbeiterklasse	36
5.2 Das fatale Primat des sogenannten Kulturkonflikts	40
5.3 Drei mögliche klassenverbindende Projekte	42
5.4 Der Klassenkompass: Oben und Unten	44
6. Die Identität als sozialistische Klassenpartei	53
Literatur	58

¹ Die Partei hat vor einigen Jahren die seit ihrer Gründung praktizierte Großschreibung als Wortmarke zugunsten der Schreibweise »Die Linke« aufgegeben. Um im Folgenden deutlich zu machen, wenn von der Partei die Rede ist und nicht von der gesellschaftlichen Linken insgesamt, ist in diesem Text die Großschreibung beibehalten worden.

² Einen Einblick in sein Wirken gibt die Publikation »Im Gedenken an Michael Chrapa – ... sein hundertfach Begonnenes ...« (Brie/Chrapa 2005).

Heinz Bierbaum

Vorwort

Wir leben in turbulenten Zeiten mit großen Risiken aber auch Chancen. Die Welt verändert sich. Sie wird multipolarer, gleichzeitig droht jedoch eine Blockkonfrontation zwischen den USA und China. Kriege und militärische Auseinandersetzungen prägen zudem das Weltgeschehen. Trumps erratische Politik verschärft die Spannungen. Die Klimakrise stellt unsere Art und Weise des Produzierens und Konsumierens in grundsätzlicher Weise infrage und verlangt nach tiefgreifenden Änderungen. Davon ist auch die Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße betroffen. Dies drückt sich vor allem in einer tiefen industriellen Krise mit erheblichen sozialen und politischen Folgen aus. Die Regierung hat darauf keine wirkliche Antwort. Sie ist schwach. Dies ist nicht zuletzt auch das Resultat der letzten Bundestagswahl, die die CDU/CSU zwar gewonnen, doch noch nicht einmal 30% erreicht hat. Die Mitte – SPD und Grüne – ist eingebrochen, die FDP ist gar nicht mehr im Bundestag. Der eigentliche Sieger heißt AfD, die ihren Stimmenanteil verdoppelt hat und weiterwächst. Die Unzufriedenheit mit der Politik ist groß und führt zu einer Erstarkung der extremen Rechten. Auf der anderen Seite hat die Partei DIE LINKE einen unerwarteten großen Erfolg erzielt und nimmt in den Umfragen weiter zu. Somit bestehen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für eine andere Politik – für eine sozial ausgerichtete und die Herausforderungen wirklich angehende Politik.

DIE LINKE steht daher vor der politischen Aufgabe, wie sie selbst sich als politische Kraft konsolidieren kann und inwieweit sie einen Politikwechsel herbeiführen kann. Es geht um ihre strategische Ausrichtung. Diese Fragen stehen im Zentrum des Plädoyers von Michael Brie für eine LINKE als sozialistische Klassenpartei. Ausgangspunkt ist, dass DIE LINKE wieder lernen muss, den strategischen Lernprozess zu führen. Als zwei sehr unterschiedliche strategische Grundpositionen macht er eine linke kapitalismuskritische und eine linksprogressive Position aus, die er beide ausführlich charakterisiert. Er fundiert dies mit einer Analyse der kapitalistischen Entwicklung, wobei er zwei Herrschaftsprojekte sieht: liberale Fortsetzung des global orientierten Finanz-Kapitalismus mit zunehmend autoritären Mitteln und autoritärer Festungskapitalismus auf marktliberaler Grundlage. »Während der kapitalismuskritische Ansatz die Überwindung des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus als Ziel ins Zentrum rückt, ist es im Fall des linksprogressiven Ansatzes die Verhinderung eines Bruchs mit der liberalen Demokratie.« Denn für diese Position ist der Gegensatz von autoritärem Rechtsextremismus und

liberaler Demokratie zentral, nicht jedoch die aus dem Kapitalverhältnis resultierenden gesellschaftlichen Widersprüche.

Kritisch setzt sich Brie mit der These der Faschisierung auseinander, wobei er das Problem sieht, dass damit die Gefahr des Faschismus überzogen wird und die eigentlichen Widersprüche, die er in der Blockade einer sozialökologischen Transformation und der Militarisierung sieht, in den Hintergrund treten.

Im Hinblick auf den Gebrauchswert der LINKEN im Parteiensystem der Bundesrepublik hält er drei Optionen für möglich. Ein Bündnis gegen Rechts, das auch liberal-konservative Parteien einschließt, den Aufbau eines Mitte-Links-Lagers oder einen »dritten«, d.h. eines linken Pols der Hoffnung, für den er plädiert. Zentral ist »ein klares Programm des Richtungswechsels hin zu sozialökologischer und sicherheitspolitischer Transformation«.

Ausführlich befasst sich Brie mit dem Kampf um die Arbeiterklasse, wobei er auch verschiedene empirische Studien heranzieht. Er stellt fest, dass die Linke die Arbeiterklasse in hohem Maße verloren hat, und dass deren Wiedergewinnung eine notwendige Bedingung für den politischen Erfolg der LINKEN darstellt. Er plädiert für ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis und für »eine auf die Klassenfrage zentrierte verbindende Politik«. Die Klassenfrage muss schon deshalb zum strukturierenden Prinzip werden, weil das Kapitalverhältnis gesellschaftlich prägend ist, und das es zu überwinden gilt.

Michael Brie argumentiert sehr differenziert und stellt die unterschiedlichen politischen Positionen und deren Begründungszusammenhänge dar, wobei er umfangreich Literatur verarbeitet. Im Ergebnis plädiert er für DIE LINKE als sozialistische Klassenpartei. Sein Plädoyer ist ein außerordentlich wichtiger Beitrag zur Strategiedebatte der Linken insgesamt. Es ist zu wünschen, dass sein Beitrag die ihm gebührende Aufmerksamkeit findet.

1. Das Lernen lernen!

»Die Linke versteht sich als lernende Partei.«
(DIE LINKE 2011: 94)

In meiner Kindheit habe ich fasziniert in den Fernsehnachrichten die Bilder startender Weltraumraketen verfolgt, die sich mit dröhnender Macht in den dunklen Himmel erhoben, dann, kaum noch erkennbar mit bloßem Auge, die erste Raketenstufe abwarfen, eine zweite Stufe, später eine dritte Stufe zündeten und weiter emporstiegen. Ohne diesen Start der zweiten und dritten Stufe hätten sie zwar noch Minuten an Höhe gewonnen, um dann aber unweigerlich zu sinken und schließlich mit rasendem Tempo hinabzustürzen.

Ein solcher Absturz wäre der Partei DIE LINKE vor einem Jahr fast passiert. Nach der Gründung 2005/07 eilte sie von Erfolg zu Erfolg, doch die inneren Konflikte nahmen zu. Sie konnte in Göttingen 2012 die Spaltung noch einmal verhindern, hat sich danach nur noch mühsam halten können, immer tiefer zerrissen durch ungelöste Konflikte, bis es zur Abspaltung des BSW kam, und blickte dann bei den Europawahlen sowie den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2024 in den Abgrund der politischen Bedeutungslosigkeit.

Der Neustart im Herbst und Winter 2024/25 hat einen Höhenflug ausgelöst. Aber er ist fragil. Wie Susanne Lang und Robert Maruschke feststellen: »Die größten Herausforderungen für Organisationen kommen nicht aus Krisen, sondern aus Erfolgen.« (Lang/Maruschke 2025) Der Erfolg erzeugt den Schein, man müsse einfach weitermachen, während er jedoch die Bedingungen des eigenen Agierens grundlegend verändert hat und strategisches Lernen noch wichtiger wird. Loren Balhorn bringt es so auf den Punkt: »Die Linke wird keine andere Wahl haben, als neue strategische Wege zu beschreiten.« (Balhorn 2025) Über diese Wege müssen Mitglieder und Führung der Partei sich Klarheit verschaffen.

DIE LINKE bildete sich in den Jahren zwischen 2004 und 2007. Strategisches Ziel war es, durch eine neue politische Formation in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für einen »politischen Richtungswechsel« zu schaffen (WASG/Linkspartei.PDS 2007). Durch die Fusion der ostdeutschen, sozialistisch orientierten PDS und der WASG als »zeitgenössischer Arbeiterpartei« (Weichold 2013) und durch das Engagement vieler Kräfte aus globalisierungskritischen, ökologischen und radikalfeministischen Bewegungen entstand eine Partei, die die Spaltung in sozialdemokratische und kommunistische Strömungen, in »alte« und die »neue« Linke, in Ost und West zu

überwinden suchte.³ Die Arbeiterfrage und die Frage der radikalen Emanzipation sollten neu verbunden werden. Darin lag eine ungeheure Chance.

DIE LINKE war über ein Jahrzehnt unfähig, gemeinsame Lernprozesse zu organisieren und »den Übergang von einer wahlpolitischen Sammlungsbewegung zu einer Partei mit eigener sozial verankerter und ideologisch verbundener Wähler*innen-Basis« (Kahrs 2022: 597), klarem Profil, geeinter Führung und strategischer Orientierung sowie handlungsfähiger engagierter Mitgliederbasis zu organisieren. Angesichts des Fehlens eines strategischen Führungszentrums (siehe die Thesen der Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2022) blockierten die innerparteilichen Gegensätze erfolgreiche Suchprozesse. Die ausgebliebene Klärung muss die Partei jetzt anderthalb Jahrzehnte später nachholen und wichtige offene Fragen klären (Hildebrandt 2022).

Damit die Partei DIE LINKE ausgehend von dem Neustart, der mit der Bundestagswahl 2025 verbunden war, auch weiter neue antreibende Kraft entfaltet, muss sie sich als lernende Partei ihrer Mitglieder und Führung in der Gesellschaft entwickeln. Wie Rosa Luxemburg in Zeiten der Finsternis, am Beginn des Ersten Weltkriegs, schrieb: »[W]ir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben«. Und sie fügte hinzu: »Und sollte die heutige Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie, nicht zu lernen verstehen, dann wird sie untergehen« (Luxemburg 1916: 63). Im Kern des Lernens einer linken, den arbeitenden Klassen verpflichteten Partei stehen die Erfahrungen vor Ort und im Betrieb, in den Gemeinden und Städten, in den Parlamenten und Institutionen. Aus ihrer Reflexion müssen die Entwicklung und ständige Überprüfung der Strategie wie Taktik der Partei, ihrer Organisations- und Arbeitsweise erwachsen. Dazu bedarf es der strategisch aufklärenden Gesellschafts- und Klassenanalyse, der Analyse der gesellschaftlichen Akteure und der herrschenden Eliten und ihrer Strategien, der ökonomischen, politischen wie kulturellen Umbruchprozesse, der geopolitischen Umgestaltungen und technolo-

³ Dabei spielte auch das Erbe der PDS eine wichtige Rolle. Lutz Brangsch und Judith Dellheim betonten in diesem Zusammenhang vier Eckpunkte für die erfolgreiche Entwicklung einer sozialistischen Partei [...]: 1. eine selbstkritische Reflexion der eigenen Geschichte im Kontext der Entwicklung der sozialistischen Linken (Anti-Stalinismus); 2. eine organisationspolitische und kulturelle Verknüpfung von Partei und sozialer Bewegung sowie eine kulturelle Aufgeschlossenheit gegenüber anderen emanzipatorischen Akteuren (Bewegungspartei); 3. die Koordination analytischer, programmatisch-strategischer und konzeptioneller Arbeit von unten (das heißt aus den basisnahen Strukturen) als besondere Aufgabe der Vorstände (Parteidemokratie); 4. ein aktives Bemühen um politische Bündnisse pro Demokratie, Gerechtigkeit, Solidarität und Ökologie (Bündnisorientierung).« (Brangsch/Dellheim 2023: 115f.)

gischen Entwicklungen. Und es verlangt die Herausbildung einer eigenen weltanschaulichen Identität, um Neoliberalismus und Neuer Rechter widerstehen zu können.

Nachdem sich im Herbst 2024 endlich ein strategiefähiges Führungszentrum der Partei herausgebildet hat, kommt es – neben anderen Schritten, aber unverzichtbar – darauf an, in einem kollektiven Lernprozess ein durch Mitglieder und Führung geteiltes strategisches Verständnis der Partei zu formulieren. Nach innen wie nach außen muss überzeugend beantwortet werden: Was ist das Selbstverständnis von DIE LINKE und was ihr Gebrauchswert für ihre Mitglieder, für Millionen von Bürgerinnen und Bürger und im politischen System der Bundesrepublik? Die Diskussion dazu ist entbrannt. Sehr unterschiedliche Antworten stehen nebeneinander. Verblüffend ist, dass das geltende Parteiprogramm von 2011, das die strategischen Überlegungen aus den Jahren des Zusammengehens von PDS, WASG und weiterer politischer Kräfte zusammenfasst, keine Rolle spielt. Der Kompass, den sich DIE LINKE nach ihrer Gründung gegeben hatte, verschwand in der hintersten Schublade.

Immer wieder wird in DIE LINKE die Sorge geäußert, eine offene Diskussion strittiger Punkte könnte die Partei auseinanderreiben. Meines Erachtens zeigt gerade die Erfahrung in den letzten 15 Jahren, dass es nicht die Differenzen selbst, sondern die Unfähigkeit war, den notwendigen strategischen Lernprozess *zu führen*, der das immer stärkere Auseinanderdriften in der Partei befördert hat. Sträflich wurde die Kunst der Dialektik als Fähigkeit, die Segel so zu setzen, um gegen den Wind zu kreuzen, der LINKEN immer heftig aus den herrschenden Verhältnissen entgegenweht: »Für den Dialektiker kommt es darauf an, den Wind der Weltgeschichte in den Segeln zu haben. Denken heißt bei ihm: Segel setzen. Wie sie gesetzt werden, das ist wichtig. Worte sind seine Segel. Wie sie gesetzt werden, das macht sie zum Begriff.« (Benjamin 1982: 591) Nur richtig gesetzte Segel bringen das Schiff voran. Diese Kunst der Zielbestimmung, der Erkenntnis, woher der Wind weht, und des Segelsetzens muss in der strategischen, durch theoretische Arbeit belehrten Reflexion der Praxis gelernt werden.

Im Folgenden werde ich versuchen, vorhandene Positionen unter den für eine Strategiebildung relevanten Kriterien zu befragen (einen Überblick gibt Strohschneider 2025). Benjamin-Immanuel Hoff hat Recht, dass es bei der Strategiebildung darauf ankommt, »Widersprüche in den eigenen Reihen möglichst dialektisch aufzulösen« (Hoff 2025). Aber diese Auflösung verlangt intensive Arbeit an den Widersprüchen selbst, schließt die Veränderung der Pole ein. Ansonsten mündet eine »Klärung« in den bekannten Formelkompromissen, die ein bloßes Nebeneinander falscher Gegensätze befördern, das

im Konfliktfall zum Auseinander wird. Hoff benutzt folgende Metapher, um seine Position zu verdeutlichen: »Die Klaviatur radikalreformerischer oder revolutionär reformistischer Gestaltungspolitik hat viele Tasten. Und eine überzeugende Melodie entsteht nicht, wenn ein Teil der Tastatur einfach abgeklebt wird. Die Realität ist konkret und hält sich selten an programmatische Leitsätze.« (Ebd.) Zur Wahrheit gehört aber auch, dass, will man auf einem Klavier ein Lied spielen, nicht nur viele Tasten braucht, sondern sich eben auch an die das ganze Lied tragende, über jeden einzelnen Griff hinausweisende Melodie halten muss, wenn das Ganze nicht in eine Kakophonie münden soll wie in der LINKEN in den Jahren bis 2023.

Im Weiteren geht es nicht darum, dieser oder jener konkreten Äußerung einzelner Autorinnen und Autoren in der Strategiediskussion der Partei für sich genommen gerecht zu werden, sondern eher analytisch Idealtypen von Positionen in der Strategiediskussion zu bilden, die der Verdeutlichung der inneren Struktur von Positionen in ihrer Reinform dienen, wie sie im Einzelnen selten oder nie vorliegen. Zudem ist zu beachten, dass die analysierten Texte, gemessen an den Maßstäben, die an eine Parteistrategie anzulegen sind (Raschke/Tils 2012), bestenfalls am Anfang stehen. Eine besondere Schwäche der Diskussion ist, dass es nur wenige begründete Aussagen zur Entwicklung der LINKEN als Organisation gibt (siehe aber Lang/Maruschke 2025; M. Becker 2025; Gürpinar 2024; Gürpinar 2025; oder aus dem Kreis der Jungen Linken Trappe 2025). Dabei ist dies eine der entscheidenden Fragen. Es geht um Basisarbeit, die Rolle der Kreis- und Landesverbände und der Bundespartei, das Verhältnis zu den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und kritischen Intelligenz, die Rolle der hauptamtlichen Strukturen und des Karl-Liebknecht-Hauses, der kommunalen Vertretungen und der Fraktionen in den Landesparlamenten und im Bundestag sowie das Verhältnis zur Partei in Regierung (wie gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen) und zwischen der Partei und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sozialwissenschaftliche Studien zur Basis der Partei und ihrem Umfeld und zur Regierungsbeteiligung, wie sie früher durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegeben wurden, liegen lange zurück und spielen in der aktuellen Diskussion keine Rolle (Berg/Koch 2000; Reißig 2005; Matuschek et al. 2008; Matuschek et al. 2013). Überhaupt sind qualifizierte Rückbezüge auf wissenschaftliche Analysen zur PDS und der LINKEN selten. Der Dialog mit den Sozialwissenschaften in Fragen Parteientwicklung ist kaum noch vorhanden.

Eine Schwäche der folgenden Analyse ist, dass ich es nicht vermochte, die Strategiediskussion anderer linker politischer Kräfte in der Europäischen Union (EU), geschweige denn darüber hinaus, zu berücksichtigen. Dazu wird kollektive Arbeit gebraucht und sie ist dringend notwendig. Viele Texte aus

der Strategiediskussion der LINKEN gehen nur am Rande auf die Diskussionen in anderen Ländern ein oder greifen einzelne Ansätze heraus. Dies zeigt, wie sehr die einzelnen linken Parteien in der EU auch heute noch für sich stehen (siehe Hildebrandt/Scholz 2024; Koltsida 2025).

Basis der Analyse sind vor allem Texte, die in der Zeitung *nd*, dem Online-Magazin der Partei *Links bewegt* und der Zeitschrift *LuXemburg* erschienen sind. Hinzu kommen einige weitere Beiträge aus dem Umfeld der Partei. Dies ist nur ein kleinerer Ausschnitt der Diskussion.⁴

Beim Studium der strategischen Beiträge aus der Partei DIE LINKE nach der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 wird deutlich, dass es zwei sehr unterschiedliche Grundpositionen in der Partei gibt – die linke kapitalismuskritische und die linksprogressive. Die linke kapitalismuskritische Position stellt den Beitrag der Partei DIE LINKE zur Schaffung eines eigenständigen Dritten Pols der Gerechtigkeit und Solidarität gegenüber dem liberalen Block (zu dem mit Abstufungen nach rechts bzw. links CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne gerechnet werden) und gegenüber dem Pol der Neuen Rechten ins Zentrum. Die linksprogressive Position sieht die Rolle der Partei DIE LINKE vor allem darin, die liberale Demokratie gegen autoritäre Entwicklungen von rechts zu verteidigen und dazu mit linken Akzenten Bündnisse mit den anderen demokratischen Parteien einzugehen.

Es wird sich im Folgenden zeigen, dass dieser Grundkonflikt das Verhältnis zu allen strategisch relevanten Fragen bestimmt und beide Positionen – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – Schwierigkeiten haben, eine konsistente Antwort darauf zu formulieren, wie ein grundlegender Richtungswechsel der Politik machtpolitisch umgesetzt werden kann. Diese Schwierigkeiten liegen in der realen Situation selbst.

Es werden sich in der folgenden Darstellung zwei Anliegen überschneiden: Erstens geht es darum, Grundkonflikte in der strategischen Diskussion der Partei herauszuarbeiten, zweitens werde ich prüfen, inwieweit es die vorliegenden Positionen erlauben, strategische Konturen für DIE LINKE als sozialistische Klassenpartei zu skizzieren. Dies bedeutet auch, dass sich die Analyse der Positionen anderer und die Darstellung eigener Auffassungen nicht trennen lassen. Schon der Versuch, analytische Schnitte vorzuneh-

⁴ Bei dieser Analyse knüpfe ich an einen methodologischen Rahmen an, den ich bei einer vergleichbaren Studie mit Bezug auf die PDS im Umfeld ihrer Wahniederlage und im Vorfeld des Zusammengehens mit der WASG 2002/3 vor über 20 Jahren erarbeitet hatte (Brie 2003).

men, ist durch die eigene Bewertung beeinflusst. Ich muss es anderen Analysen überlassen, die Einseitigkeit, die meine Analyse prägt, zu kompensieren.

2. »Hauptwiderspruch« und »Hauptrichtung« der Epoche

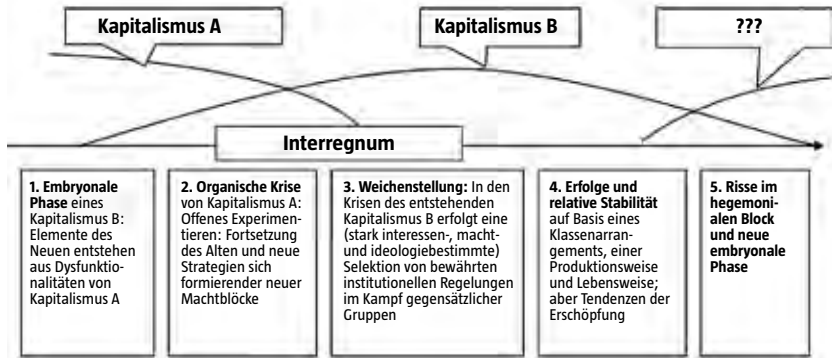
»Die Linke steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg. Sie streitet für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft. Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz für eine grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft.«
(DIE LINKE 2011)

Jede Bestimmung einer politischen Strategie beginnt mit der Definition der Handlungssituation, d.h. der Epoche, der bestimmenden Akteure und Hauptkonflikte. Da jede solche Situation aber durch eine hohe Komplexität von Widersprüchen gekennzeichnet ist, muss entschieden werden, welcher dieser Widersprüche der für das eigene Handeln entscheidende – der »Hauptwiderspruch« ist. Erst ausgehend von der Erfassung der Handlungssituation und der Definition des Hauptwiderspruchs können Positionen entwickelt werden, die »intellektuelle wie moralische Führung« (Gramsci 1998: 1947) ermöglichen und auf Hegemonie zielen.

2.1 Der linke kapitalismuskritische Ansatz

Der kapitalismuskritische Ansatz geht von der Analyse des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus aus (Huffs Schmid 1999; Windolf 2005; Brenner 2006; Bischoff 2014). Dieser Typ von Kapitalismus ist seit über 15 Jahren in der Krise. Die Ursache der relativ schnellen Erschöpfung der Potenziale der finanzkapitalistischen Formation von Akkumulationsregime und Regulationsweise (Aglietta 2000) sowie ihrer globalen Absicherung durch die USA liegt darin, dass er seine eigenen Existenzbedingungen zerstört (Fraser 2023). Er musste deshalb in tiefe Akkumulations-, Reproduktions-, Integrations-, Legitimations- und Sicherheitskrisen münden (Brie 2006). Sein Marktradikalismus führte zu einem Krisenkapitalismus in Permanenz (Dieter Klein 2008). Die herrschenden Eliten greifen deshalb ständig zu Methoden des Ausnahmezustandes, der elementare liberale und völkerrechtliche Standards außer Kraft setzt und mit Prozessen der Barbarisierung sowie entfesselter Herrschaft verbunden ist (Naomi Klein 2009). Vom Neoliberalismus gingen weder ein neuer umfassender Akkumulationsschub in der Realwirtschaft noch ein stabiler gesellschaftlicher Konsens aus (Candeias 2009:

Abb. 1: Phasen einer innerkapitalistischen Formation



19). Aber es gelang den herrschenden neoliberalen Akteuren immer wieder, auch nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2010, sich Zeit zu kaufen (Streeck 2013: 60–78) und ihre Politik – wenn auch verändert – fortzusetzen.

Innerkapitalistische Formationen sind durch die Abfolge einer embryonalen Phase der Herausbildung der Elemente einer neuen Formation, die Phase der organischen Krise der alten Formation und der Experimente mit neuen ökonomisch-politisch-kulturellen Projekten sowie ihrer internationalen Absicherung und die Phase expansiver Kapitalakkumulation und relativer Stabilität geprägt, bis sich im Schoße des Alten erneut alternative Ansätze herausbilden und ausbreiten (siehe Abb. 1). Eine Formation geht nur unter, wenn sich neue Projekte erfolgreich durchsetzen. Welche dies sind und wie dies geschieht, ist nicht vorherbestimmt. Organische Krisen sind ausge dehnte Phasen eines sich hinziehenden Siechtums und von Experimenten und bilden ein Interregnum.

Um die Stabilität innerkapitalistischer Formationen zu sichern, muss die Politik der herrschenden Klassen keinesfalls besonders hohen Anforderungen gerecht werden. Lenin umformulierend, müssen sie nur in der Lage sein zu verhindern, dass es zu einer »revolutionären Krise« kommt (Lenin 1915: 206). Es reicht ihnen aus, abzusichern, dass es nicht zur Herausbildung handlungsfähiger Gruppen der Gesellschaft kommt, die fähig sind, Alternativen zu formulieren, sich zu organisieren, einen eigenen hegemoniefähigen Konsens gesellschaftlich zu verankern, machtpolitisch zur Geltung zu bringen und auf diese Weise selbst Staat zu werden. In Gestalt einer passiven Revolution beginnen Teile der herrschenden Elite in Krisenzeiten Suchprozesse, um die Blockaden aufzubrechen und auf neue Weise die subalternen Klassen

zu integrieren. Gelingt ihnen dies, verhindern sie damit zugleich die Entstehung wirksamer gegenhegemonialer Projekte von links.

Ein Interregnum ist eine Epoche von Suchprozessen und der Entstehung von alternativen kulturellen, politischen, sozialen und ökonomischen wie internationalen Projekten. Es sind nicht nur »Krankheitserscheinungen« (Gramsci 1991: 354) und »Monster« (Zizek 2010), die hier ihre Stunde kommen sehen, sondern auch »Gesundungsprozesse« und »Lichtgestalten« können neuen Formationen zur Welt verhelfen. Im Interregnum muss man sich auf Zeiten der Stagnation wie auf jähe Wendungen einstellen. Es bereiten sich Weichenstellungen vor: 2011 hatte das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung vier mögliche Projekte ausgemacht, die sich in der Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus herauskristallisieren könnten – 1. ein Ökokapitalismus auf neoliberaler Grundlage (»Grüner Kapitalismus«), 2. ein ins Autoritäre gewendeter Finanzmarkt-Kapitalismus, 3. ein entzivilisierter Festungskapitalismus und letztlich 4. – unter dem Druck starker sozialer, ökologischer und demokratischer Kräfte – ein sozial-liberaler Green New Deal. Letzterer, so die Hoffnung, könne das Tor öffnen für eine viel weitergehende sozialökologische Transformation und globale Solidarität (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 2). Gegenwärtig konkurrieren die Projekte 2 und 3 um die Vorherrschaft.

Im Rahmen der Strategiediskussion von DIE LINKE wird von oft blockierter Transformation (Candeias 2025b) bzw. Transformationsblockaden (Kahrs 2025: 14) gesprochen. Zur gleichen Zeit wird »ein transnationales Laboratorium rechts-autoritärer antidemokratischer Staatsprojekte« (L. Becker 2025a) ausgemacht. Neben der Blockade der sozialökologischen Transformation und Stagnationstendenzen gibt es rechts-autoritäre Transformationsbrüche. Sie zielen darauf, den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus dadurch zu retten, dass liberal-demokratische Akteure, Strukturen und Normen zugunsten eines autoritären Maßnahmestaats zurückgedrängt werden. Dieser Staat geht zugleich ein noch engeres Bündnis mit den Kapitaloligarchien in den zentralen Bereichen von Finanzen, Hightech, Militärisch-Industriellem Komplex, Energiewirtschaft, Transport und Agrobusiness (Dellheim 2014: 337–339; Dellheim 2023; Dellheim 2025a) ein und fördert ihren Umbau zu Bollwerken von Großregionen, von denen aus die Peripherie ausgebeutet und kontrolliert werden soll. In Deutschland spielt der Bundesverband der Deutschen Industrie dabei eine Schlüsselrolle und ist aktiver Treiber der Aufrüstung und des Ausbaus des Militärisch-Industriellen Komplexes (Dellheim 2023; Dellheim 2025a). Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik konstatiert: »Schemenhaft ist das Bild eines nationalistischen und staatsinterventionistischen Oligarchenkapitalismus zu erkennen.« (Arbeitsgruppe

Alternative Wirtschaftspolitik 2025: 25) Wenn IG Metall, Wirtschaftsforum der SPD und Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) gemeinsam den Ausbau der »eigenen Verteidigungsfähigkeiten in den Dimensionen Land, Luft und See« als Beitrag zur »Leistungsfähigkeit der Industrie« sehen, reagieren sie damit auch auf die Tendenzen der Deindustrialisierung, die Hochburgen der Exportwirtschaft in den Bereichen des Automobilsektors, des Maschinenbaus und der chemischen Industrie erfasst haben. Eine solche Antwort wird den Rückbau des Sozialstaats und autoritäre Tendenzen befördern. Mit der neuen Regierung unter Friedrich Merz und Lars Klingbeil wurde diese Politik forciert und hat jedes Schemenhafte verloren.

Während in einigen Feldern also weiter Zeit gekauft wird, man in anderen eine Abmilderung versucht, werden in Feldern der Rüstung und Geopolitik oder der Migration die Konturen eines neuen Projekts sichtbar, das mit dem Aufbau eines militärisch hochgerüsteten, liberal-autoritären Festungskapitalismus gut beschrieben werden kann (zur Kritik dieser Entwicklung siehe Varoufakis 2025). Stillstand, Rückschritt und rasanter Wandel im Bereich der Transformationskonflikte verflochten sich. Ausgehend davon scheint es mir richtig, das Neben- und Miteinander von Blockaden einerseits und radikalen Brüchen andererseits zu betonen. Mittlerweile sind es weniger die Blockaden als die schon erfolgten bzw. absehbaren Brüche hin zu einer Symbiose von Marktradikalismus und Autoritarismus, die linken gesellschaftlichen und politischen Kräften Sorgen bereiten sollten.

Ein von Candeias 2023 ausgemachtes »Ende des Interregnums« ist nicht eingetreten, ganz im Gegenteil. Seine unter dieser Überschrift formulierte These »Wir leben in keiner offenen gesellschaftlichen Situation mehr« ist spätestens mit der Wiederwahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA ebenso falsifiziert wie die von ihm zu diesem Zeitpunkt getroffene Annahme: »Es bildet sich ein hegemonialer Entwicklungspfad heraus, der unterschiedliche Ausprägungen eines grünen Kapitalismus umfasst. Weshalb ist er hegemonial? Anders als andere gesellschaftliche Projekte hat er das Potenzial, neue Anlagefelder für das Kapital zu erschließen. Diese ermöglichen zugleich eine Bearbeitung der größten und langfristigen (Menschheits-) Krise, der ökologischen Krise, durch eine grüne Modernisierung; so kann er ein tragfähiges Akkumulationsregime etablieren.« (Candeias 2025d: 124) Ein Jahr später, Ende 2024, hatte sich Candeias Einschätzung der Situation deutlich verändert: »Das grün-kapitalistische Modernisierungsprojekt als dominante Antwort auf die Krisen wird durch Austeritätspolitik blockiert. Autoritär-populistische Kampagnen verschieben das politische Kräfteverhältnis nach rechts. [...] Eine fortschrittliche Alternative zur Ampel-Politik ist aber

kaum erkennbar. Die sogenannte Brandmauer erodiert, im rechts-konservativen Lager finden entsprechende Vorbereitungen und Umgruppierungen statt. An welchem Punkt gesellschaftlicher Entwicklung stehen wir? Droht eine dauerhafte politische Krise, eine autoritäre Transformation oder gar eine Dynamik der Faschisierung?« (Candeias 2025c: 176) Allein diese Fragen bezeugen die Offenheit der historischen Situation. Wie das neue gigantische Verschuldungsprojekt jetzt zeigt, steht dem Übergang zum »grünen Kapitalismus« nicht die Austeritätspolitik im Wege. Ein Drittel des Bundeshaushalts sind schuldenfinanziert – »deficit spending« in Reinform. *Während man mit Lust die Aufrüstung vorantreibt, bleibt die ökologische Erneuerung weitgehend auf der Strecke.* Wie Judith Dellheim für die EU im Detail feststellt, »sind die Projekte, die sie für eine offensive Antwort auf die Klima- und Umweltkrisen entwickelt hat, zerstört worden« (Dellheim 2025c).

Die Offenheit der Situation zeigt sich auch in Deutschland. Ob die Wette der Merz-Klingbeil-Regierung aufgeht und die Erneuerung des Wirtschaftsmodells der Bundesrepublik mit Aufrüstung und Infrastrukturinvestitionen erfolgreich sein wird, ist zweifelhaft (Sablowski 2025). Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre verweisen erstens auf die wachsende Fragilität und Krisenhaftigkeit der bisherigen sozial abgefederten neoliberalen Politik, deren wirtschaftliche, soziale, politische, kulturelle wie geopolitische Grundlage erodiert. Dies bringt zweitens, gestiegene Chancen für disruptive politische Unternehmer wie Trump oder Milei, aber auch Orbán oder Erdoğan hervor. Drittens beweisen Kräfte im herrschenden Block den Willen und die Fähigkeit, eine Politik fortzusetzen, die im Rahmen der liberal-demokratischen Institutionen neoliberale Politik mit Ansätzen sozialer und ökologischer Orientierungen zu verbinden sucht und zugleich eine Wende hin zur Militarisierung und Konfrontation sowie Abschottung vollzieht. Das Bedrohungs- und Kriegsnarrativ sowie die Aufrüstung verleihen dieser Orientierung zusätzliche Unterstützung und vorläufige Stabilität.

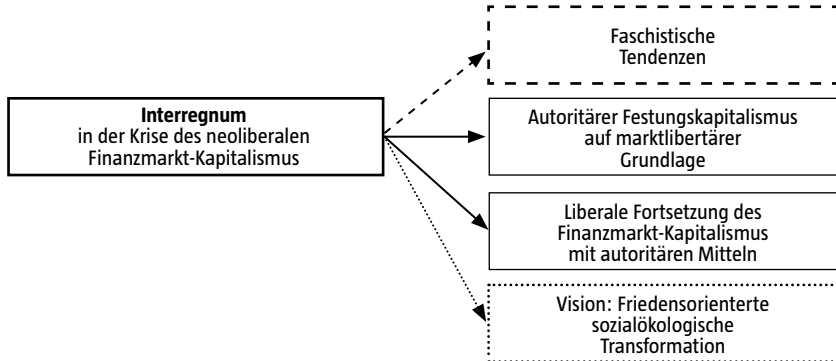
Lia Becker betont in diesem Zusammenhang das Moment der Disruption: »Über ideologische Differenzen hinweg kommt es zu einer strategischen Konvergenz zwischen rechtsnationalistischen und autoritär-neoliberalen Kräften in den USA, der EU und in Lateinamerika. Diese wollen eine Offensive gegen die Reste des Sozialstaates, Teile der Verwaltung und des öffentlichen Sektors, gegen Gewerkschaften und Umweltverbände sowie gegen die Sozialdemokratie, die Zivilgesellschaft und die Linke durchsetzen.« (L. Becker 2025a) Noch ist diese Politik in Deutschland ambivalent: Einerseits sind verschärfte marktliberale und autoritäre Tendenzen (gerade in der Migrationspolitik und bei der Aufrüstung und inneren Militarisierung) unübersehbar. Andererseits werden liberalen Institutionen geschützt, soziale Errungenschaften

bewahrt (wenn auch in teilweise reduzierter Gestalt), Projekte eines grünen Kapitalismus (aber in abgeschwächter Form) fortgesetzt. Wie die Redaktion Sozialismus.de feststellt: »im Koalitionsvertrag gibt es in Sachen Gesellschaftspolitik weiterhin den im Rheinischen Kapitalismus üblichen Kompromiss« (Redaktion Sozialismus.de 2025: 13). Doch hat sich das Zentrum dieses Kompromisses deutlich nach rechts verschoben. Er hält in Deutschland noch, weil sich die liberal-konservativen Teile der herrschenden Eliten bisher nicht zum offenen Bruch mit dem sozialdemokratischen und grünen Flügel entschlossen.

Was die Linke beeindruckten sollte, ist die Entschlossenheit und Chuzpe, mit der Merz in dem Augenblick, da er die Kanzlerschaft sicher hatte, das Mantra von der Schwarzen Null, mit der er hartnäckig Wahlkampf betrieben hatte, von einer Stunde zur anderen über Bord warf und seiner Regierung mit fragwürdigen Methoden Zugriff auf enorme, schuldenfinanzierte Ressourcen sichert: »Wurde Staatsverschuldung und die Abschaffung der Schuldenbremse in der Opposition und im Wahlkampf von Merz noch vehement abgelehnt, kann er auf einmal gar nicht genug vom keynesianischen Deficit spending bekommen. Eine Billion Euro schuldenfinanzierte zusätzliche Staatsausgaben, wenn auch über die nächsten Jahre verteilt, hat es noch nie in der deutschen Geschichte [nach dem 2. Weltkrieg – M.B.] gegeben.« (Bontrup 2025: 27) Von solcher Entschlossenheit zum »festen Zugriff« (Walter Benjamin) kann die Linke lernen.

Folgt man der obigen Deutung, so ist es zur Spaltung im herrschenden Block gekommen. Es konkurrieren zwei politische Projekte um die Vorherrschaft, während das Projekt einer friedensorientierten sozialökologischen Transformation bisher nur eine Vision geblieben ist und faschistische Tendenzen reale Gestalt annehmen (siehe Abb. 2). Einerseits sind dies liberale Projekte auf der Basis des Finanzmarkt-Kapitalismus, die sich mit autoritären Mitteln anzupassen suchen, und andererseits »rechts-autoritäre antidemokratische Staatsprojekte« (L. Becker 2025a: 1). Die beiden Ansätze – liberale Fortsetzung des global orientierten Finanzmarkt-Kapitalismus mit zunehmend autoritären Mitteln einerseits und autoritärer Festungskapitalismus auf marktliberaler Grundlage andererseits – tendieren teilweise dazu zu konvergieren. Während die liberalen Eliten Politiken der Neuen Rechten übernehmen, brechen Parteien der Neuen Rechten zumindest in der EU keineswegs völlig mit den liberalen Institutionen. Aber beide Projekte verschlechtern die institutionellen Bedingungen für linke Politik deutlich, während sie faschistische Tendenzen stärken und zugleich die Notwendigkeit eines Richtungswechsels der Politik umso dringlicher auf die Tagesordnung setzen. Beide setzen, wenn auch im unterschiedlichen Maße, Elemen-

Abb. 2: Gesellschaftspolitische Projekte in der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus



te nackter totalitärer Herrschaft und instrumenteller Unmenschlichkeit frei (siehe ausführlich im Punkt 3).

Das liberale Projekt des Finanzmarkt-Kapitalismus wird getragen durch einen Block von neoliberalen Finanzmarktakteuren, global orientierten Konzernen, weltmarktorientierten Teilen des Unternehmertums, Gewerkschaften, deren Beschäftigte von den damit verbundenen Sektoren und den Investitionen in die Infrastruktur abhängen bzw. von Rüstungsaufträgen profitieren, von liberalen und auch von demokratischen Kräften. Es kann sich – muss sich aber nicht – als hinreichend stabil erweisen, um das nächste Jahrzehnt zu überstehen. Seine Verankerung in den Kapitaloligarchien und relevanten Teilen der Bevölkerung sowie bei sozialen Trägern, seine ideologische Wirkungskraft und auch seine Fähigkeit, Kapitalakkumulation mit der Befriedigung gesellschaftlicher Anliegen wie der Erneuerung der Infrastruktur zu verbinden, sprechen dafür.

Eine mögliche Stabilität kann auch für die von der Neuen Rechten verfolgten Politik eines autoritären Festungskapitalismus gelten. Es sollte nicht übersehen werden, dass der Trumpismus »ein relativ kohärentes polit-ökonomisches Projekt« ist: »Wie im Slogan ›America First‹ ausgedrückt, setzt das Programm auf die kompromisslose Priorisierung der nationalen Interessen. Ob Klimaschutz oder internationales Recht, Demokratie oder Minderheitenschutz, alles wird den nationalen Interessen und der Akkumulation von Kapital untergeordnet. Davon profitieren vor allem jene Fraktionen des Kapitals, die sich dem Trump-Projekt verschrieben haben – wie zum Beispiel das fossile Kapital. Es gibt auch klare Verlierer*innen [...]. Eine wirtschaftsnationalistische Wende kann [...] durchaus im Interesse breiter Bevölkerungsteile sein.« (Heussner 2025)

Die Versuche, dezidiert linke Alternativen aufzubauen (Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in den USA, Jeremy Corbyn in Großbritannien, Jean-Luc Mélenchon in Frankreich usw.), sind – bisher zumindest – gescheitert. Gescheitert war auch DIE LINKE als einer 2007 gegründeten politischen Alternative, die auf einen starken linken Pol im Parteiensystem der Bundesrepublik zielte. Der Widerstand aus den herrschenden Kreisen war zu groß, die Unterstützung der lohnarbeitenden Klasse zu gering. Es kam zu keiner antagonistischen Spaltung oben, zu keiner breiten linken Mobilisierung von unten und es fehlte die Fähigkeit zum eigenen festen Zugriff. Gleichzeitig aber wächst angesichts der genannten zwei Herrschaftsprojekte nicht nur die Notwendigkeit einer linken Alternative, sondern es wachsen auch die Chancen dafür. Immer entscheidender wird die Herausbildung der Fähigkeit, diese Chancen zu ergreifen. Vor dieser Herausforderung steht DIE LINKE, stehen die Linken insgesamt.

2.2 Der linksprogressive Ansatz

Während der linke kapitalismuskritische Ansatz *die Gemeinsamkeiten* zwischen den liberalen und autoritären Projekten der Gestaltung des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus in den Vordergrund rückt, betont das Netzwerk Progressive Linke, das vor allem aus jetzigen bzw. früheren Mitgliedern von DIE LINKE besteht, *den Gegensatz* zwischen autoritärem Rechtsextremismus und liberaler Demokratie. Die Hauptgefahr wird darin gesehen, dass die Welt »in die Hände der radikalen Rechten« zu fallen droht (Forum Demokratischer Sozialismus/Netzwerk Progressive Linke 2025). Dies reproduziert die These des liberalen Mainstreams, der auf internationaler Ebene den Kampf der »Demokratien« und »autoritären Regime« beschwört. Die Zeitdiagnose fasst sich in folgenden Sätzen zusammen: »Ein Elefant steht im Raum. Er herrscht bereits im Weißen Haus, im Kreml, erstarkt im Deutschen Bundestag, in Ostdeutschland und in zunehmend mehr Hauptstädten und Parlamenten. Der autoritäre, antidemokratische Rechtsextremismus ist weltweit auf dem Vormarsch, setzt sich durch. Die Demokratie ist in der Krise und auf dem Rückzug. Die autoritäre Rechte ist im Bündnis mit Teilen des fossilen, des Finanz- und Technokapitals zum Großangriff auf die rechthebasierte Welt übergegangen. Auch die EU ist von diesen Auseinandersetzungen durchdrungen, aber noch nicht gefallen und derzeit als Kampffeld eines der letzten globalen Hindernisse für die Herrschaft globaler neoimperialistischer Willkür. Der weitere Verlauf dieser Auseinandersetzung entscheidet sich nicht zuletzt in Deutschland.« (Netzwerk Progressive Linke 2025)

In den Stellungnahmen des Netzwerks Progressive Linke und seiner Vertreter rückt die Verteidigung der liberalen Demokratie an die erste Stelle

und die USA erscheinen – bis zur zweiten Präsidentschaft Trumps – als Garant von Demokratie und Sicherheit in Europa nach 1945. Eine progressive Alternative, die über die bisherige liberale Politik hinausgeht und auf eine »sozial-ökologische Reformregierung« zielt, wird vor allem deshalb gefordert, um die liberale Demokratie zu bewahren. Wie Jan Schlemmermeyer formuliert: »Mit Putin vor der Tür und Trump und Höcke im Inneren gilt es, klar Partei für die liberale Demokratie zu ergreifen.« (Schlemmermeyer 2024)

Für das Netzwerk Progressive Linke besteht die größte Gefahr, der es zu begegnen gilt, im Bruch mit den liberalen und menschenrechtlichen Normen: »Eine neue regellose Weltunordnung wird Realität. Ein globaler Wildwest, der sich vom bisherigen, globalen Ringen der Standorte um Einfluss, samt seiner viel zu häufigen Völkerrechtsbrüche und wiederkehrenden Missachtung der Menschenrechte, durch einen wesentlichen Punkt unterscheidet: Diese Normen sollen nun nicht einmal mehr formell als solche gelten, kein Ideal mehr sein, an dem sich die Praxis politischen Handelns wenigstens dem Anspruch nach ausrichten soll. Das ist keine Kleinigkeit, sondern – man muss es gegen die Liberalismusverachtung von links und rechts so klar sagen – ein Unterschied ums Ganze. Es ist ein Freifahrtschein für enthemmte Brutalität. Die Autokraten wollen die Konkursmasse der Freiheit unter sich aufteilen.« (Schlemmermeyer/Nord 2025)

Als innerlinker Hauptgegner wird die »autoritäre Linke« oder der »linke Autoritarismus« ausgemacht. Dieser – so Schlemmermeyer – »meint im Kern den Versuch, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, indem man Demokratie und Rechtsstaat aufgibt«. Schlemmermeyer sieht eine Traditionslinie, die von Robespierre über Lenin bis zu Stalin und zu Sahra Wagenknecht führt. Der allen diesen Personen und Projekten gemeinsame »linke Autoritarismus« zielt »auf die irdische Realisierung von Freiheit und Gleichheit, nutzt aber autoritäre Mittel für einen linken Zweck« (Schlemmermeyer 2024).⁵

Die Frage, inwieweit der Liberalismus und mehr noch der Neoliberalismus ursächlich verantwortlich sind für das Aufkommen rechtsextremer und faschistischer Kräfte und interimperialistischer Konflikte (siehe u.a. Polanyi 1978; Slobodian 2023; Mattei 2025), wird in der Sichtweise der Progressiven Linken in den Hintergrund gerückt. Wenig Erwähnung findet, dass bei

⁵ Es kann hier keine breite Diskussion zum Begriff des Autoritären geführt werden, deshalb nur ein Hinweis von Max Horkheimer, der die Ambivalenz auf den Punkt bringt: »Sowohl blinde und sklavisches Ergeben, die subjektiv von seelischer Trägheit und Unfähigkeit zum eigenen Entschluss herrührt und objektiv zur Fortdauer beengender und unwürdiger Zustände beiträgt, als auch die bewusste Arbeitsdisziplin in einer aufblühenden Gesellschaft beruht auf Autorität. Und doch unterscheiden sich beide Weisen des Daseins wie Schlaf und Wachen, wie Gefangenschaft und Freiheit.« (Horkheimer 1987, 25)

Berufung auf Demokratie und Menschenrechte die USA und ihre Verbündeten in einer ganzen Reihe von Kriegen enthemmte Brutalität praktiziert haben, was dem Zusammenbruch der liberalen Normen, nicht zuletzt in der Flüchtlingspolitik, den Boden bereitet. Aber auch nach innen gerichtet wurde die Demokratie untergraben, sodass in den USA politische Macht »des einen Prozent, durch das eine Prozent, für das eine Prozent« (of the 1%, by the 1%, for the 1%) ausgeübt wird und in der Folge die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Menschen eingeschränkt, die Breite der Wirtschaft einschließlich der Sektoren von Sorge und Umwelt behindert und kollektive Güter völlig unzureichend zur Verfügung gestellt werden (Stiglitz 2011). Die neoliberale Politik eines globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus hat den autoritären Festungskapitalismus mit seinen faschistischen Elementen erst möglich gemacht, der nun die liberalen Institutionen bedroht und mit ihrer Zerschlagung begonnen hat. Der Ursprung dieser autoritären oder faschistoiden Monster ist der neoliberale und imperiale Kapitalismus. Raul Zelik formuliert es so: »Ein Antifaschismus, der den vielschichtigen Zusammenhang zwischen bürgerlicher Normalität und Faschisierung nicht erkennt, ist zum Scheitern verurteilt.« (Zelik 2025)

In der strategischen Diskussion von DIE LINKE stehen sich zwei gesellschaftsanalytische Ansätze gegenüber, die gemeinsam darauf abzielen, die Partei über mögliche Handlungsoptionen aufzuklären. Die Epoche wird als Raum von gesellschaftspolitischen Konflikten verstanden, in die eingegriffen werden kann. Der eine Ansatz ist vor allem durch Kapitalismuskritik fundiert, der andere durch die Kritik des Autoritarismus, ersterer erklärt die aktuelle Entwicklungsrichtung und die autoritären bis faschistischen Tendenzen vor allem aus den inneren Widersprüchen des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus, letzterer aus dem Widerstreit zwischen den Kräften von liberaler Demokratie und regelbasierter internationaler Ordnung einerseits und autoritären Kräften andererseits. Während der kapitalismuskritische Ansatz die Überwindung des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus als Ziel ins Zentrum rückt, ist es im Falle des linksprogressiven Ansatzes die Verhinderung eines Bruchs mit der liberalen Demokratie, der jede emanzipatorische Politik unmöglich machen würde.

3. Die These der Faschisierung – ihr Potenzial und ihre Grenzen

»Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei Die Linke. Für uns bedeutet das: Zurückdrängen aller extrem rechten, rechtspopulistischen und rassistischen Ideologien, Parteien und Bewegungen, Bekämpfung aller althergebrachten und neuen Formen des Antisemitismus, die Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus und mit allen Ideologien, die von Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen, sowie die Pflege des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der antifaschistischen Bewegung.«
(DIE LINKE 2011)

Die gegenwärtig herrschenden Projekte eines sich autoritär wendenden liberalen Finanzmarkt-Kapitalismus und eines autoritären Festungskapitalismus mit liberalen Elementen haben die Frage des Faschismus wieder auf die historische Tagesordnung gesetzt. Der Wahlkampf von Merz und das Aufsteigen der AfD bei der Bundestagswahl 2025 zur zweitstärksten Partei in Deutschland markierten eine innere politische Zeitenwende. Dies hat auch die Strategie der Partei DIE LINKE verändert. In kurzer Zeit ist Antifaschismus zu einer Leitorientierung der Partei und zum Markenzeichen offensiver politischer Positionierung geworden. Der Kampf gegen faschistische und neofaschistische Tendenzen, der schon für die PDS ein Kernthema war und im Programm von DIE LINKE verankert ist, wurde zu einer übergreifenden Klammer. Die von Isabella Weber unmittelbar nach der Wiederwahl von Donald Trump aufgestellte Forderung nach einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik (Weber 2024a; siehe auch Weber 2024b; Weber/Scholle 2025; Krebs/Weber 2025; Kaufmann 2025) wurde aufgegriffen. Wie Ines Schwerdtner formuliert: »Den Faschisten den Boden entziehen: Wir brauchen antifaschistische Wirtschaftspolitik! Antifa heißt Wohlfahrtsstaat. Das beste Mittel gegen die Rechte ist Sozialpolitik, die von der praktischen Hilfe vor Ort, über die Entlastungen der breiten Mehrheit der Gesellschaft bis hin zu mehr öffentlichem Eigentum reicht.« (Schwerdtner 2025b)

Es gibt die Tendenz, die gesamten politischen Forderungen der Partei DIE LINKE mit dem Adjektiv des Antifaschistischen zu versehen. Anika Taschke fordert: »Antifaschismus darf für die Linke keine Zusatzaufgabe sein, sondern muss Grundlage aller Politik sein«. (Taschke 2025; siehe auch mit Bezug auf die Rentenpolitik David 2025). Der Antifaschismus soll zugleich Basis für ein breiteres Bündnis linker Parteien (AG Strategieforen des ISM 2025) sein oder Grundlage einer »gesellschaftlichen Volksfront von unten« (Candias 2025a). Zudem wird das Ziel der Bildung einer »Regierung des sozialen Antifaschismus« (L. Becker 2025b) formuliert. Wichtig ist dabei vor allem,

dass Antifaschismus dabei nicht zur Phrase wird, wie Judith Dellheim klar macht: »Gegenwärtig wirkt bereits antifaschistisch, wenn der gesellschaftliche Alltag von mehr Menschen als demokratisch verbesserbar gewollt und gesehen wird.« (Dellheim 2025b)

Die Begriffsbildung des Antifaschistischen eignet sich hervorragend, um einen klaren antagonistischen Gegensatz zur Neuen Rechten und den mit ihr verbundenen faschistoiden Gruppen zu definieren. Antifaschismus hat als politischer Kampfbegriff eine hohe Mobilisierungskraft in relevanten linken Milieus und ist unverzichtbar, nicht zuletzt angesichts konkreter Bedrohung durch rechte Gewalt. Zugleich verlangt dies, die Prozesse der Faschisierung von der Errichtung faschistischer Systeme begrifflich klar zu unterscheiden. Faschisierung wird in der strategischen Diskussion der LINKEN durch eine ganze Reihe von Merkmalen definiert. Dazu gehören »die Ausbreitung reaktionärer Formen der ›Ressentimentbewirtschaftung‹, verbunden mit der typischen Abgrenzung von oben, also den vermeintlichen Eliten, und von unten, mit einem harten Klassismus – oder besser ›Klassenhass‹ (wie Balibar es nennt), immer wieder verknüpft mit der Produktion des ›Anderen‹ als Bedrohung von außen. Klassismus, Rassismus und Sexismus sind die gesellschaftlich wirksamsten Formen der Konstruktionen von Ungleichwertigkeit und produzieren eine Form ideologischer und sozialer Kompensation für die Unterordnung im Alltag. Sie ermöglichen es der radikalen Rechten, entgegen ihrer ursprünglichen Klassenzusammensetzung auch die Missstimmung ›von unten‹ in populäre Zustimmung zu verwandeln« (Candeias 2025b; siehe auch Candeias 2025c).

Faschismus ist im Unterschied zum Prozess der Faschisierung ein gesellschaftlich-politisches System, in dem die Elemente des Faschistischen totalitär verallgemeinert werden. Mit Blick auf historische Beispiele schreibt Alex Demirović: »Der Faschismus war der Versuch, in der bürgerlichen Gesellschaft die generischen Momente des Dissenses, der Abweichung mit wissenschaftlichen und polizeilichen Mitteln zu suchen und zu vernichten, verbunden mit dem wahnhaften Glauben, jede solche Praxis der Andersheit und einer alternativen Perspektive ein für alle Mal zu beseitigen. Es sollte ein Endsieg, eine absolute Vernichtung des Feindes werden.« (Demirović 2025) Im Faschismus wird Unmenschlichkeit zum Staatsprinzip und Unrecht Staatsziel.

Wie Hannah Arendt deutlich machte, gibt es einerseits die Prozesse der Freisetzung von Elementen totaler Herrschaft und instrumenteller Unmenschlichkeit (die sie vor allem mit Blick auf die britische Kolonialgeschichte rekonstruiert) und andererseits die Erhebung dieser Elemente zum herrschenden System, wie es für den Faschismus charakteristisch ist. Zwischen beiden Phasen gibt es eine »unselige Diskrepanz«, so Hannah Arendt. Sie

trenne jene Prozesse, die zum »Zusammenbruch aller abendländischen Traditionen und der Existenzbedrohung aller europäischen Völker geführt haben«, von eben diesem Zusammenbruch (Arendt 1995, 291). Was Hannah Arendt am Fall des westlichen Imperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschreibt, kann allgemeiner als Tendenz der Freisetzung von *Elementen* der Barbarisierung und nackter autoritärer Herrschaft bezeichnet werden, die konträr zu den Normen der liberalen Demokratie sind. Sie haben den Kapitalismus in seiner gesamten Geschichte begleitet und sind keineswegs erst im 19. oder 20. Jahrhundert aufgekommen (Eco 2020). Solche Prozesse sind den liberalen Systemen auf kapitalistischer Grundlage systemisch eigen, oder wie Brecht 1941 schrieb: »der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das [der Faschismus – M.B.] kroch« (Brecht 1958: 365). Wilhelm Heitmeyer hat gemeinsam mit anderen diese Prozesse als Desintegration und Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ihren Zusammenhang mit der Veränderung von Staatlichkeit hin zum Autoritarismus für Deutschland umfassend analysiert (Heitmeyer 2002 bis 2011). Der sogenannte Teilhabekapitalismus der Zeit nach 1945 in den USA und Westeuropa sowie Japan hatte eine Balance zwischen Kapitalakkumulation, Sozialstaat und Demokratie geschaffen, die sich in verschiedenen Variationen realisierte (Hall/Soskice 2001). Diese Balance wurde mit der neoliberalen Gegenreform aufgegeben und es ist eine Situation entstanden, in der die »*Fortentwicklung* moderner Gesellschaften und ihrer politischen Verhältnisse einen *Niedergang* der Demokratie mit sich bringt« (Selk 2023: 83). Man könnte auch vom »Ende des demokratischen Kapitalismus« sprechen (Hüning 2024: 31).

Die Prozesse der Barbarisierung und autoritärer Herrschaft sind – trotz des Zusammenhangs – deutlich von den Versuchen zu unterscheiden, ein faschistisches System zu errichten, dessen Spezifik nicht über die bloße Anhäufung der genannten Elemente der Barbarisierung und enthemmter Herrschaft erfasst werden kann. Das Wesen des faschistischen Projekts besteht im Bruch mit dem liberalen politischen Erbe bei Erhalt der kapitalistischen Grundlage. Meines Erachtens ist es geboten, den Begriff der Faschisierung ausschließlich auf Versuche zu beziehen, die Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung zum *bestimmenden* Merkmal der Politik machen zu wollen. Davon ist eine Politik zu unterscheiden, die die Mittel der Barbarisierung und autoritärer Herrschaftssicherung verwendet, um andere Ziele zu realisieren und keineswegs völlig mit dem liberalen Erbe bricht. Politik, die sich rechts-autoritär von liberalen Werten und Institutionen in begrenztem Maße abkehrt, und Politik, die dezidiert faschistisch ist, setzen *beide* die von Arendt genannten Elemente totaler Herrschaft und organisierter Menschenfeindlichkeit frei, aber mit sehr unterschiedlichem Ziel. Dieser Unterschied ist strategisch für die Linke

von großer Bedeutung. Mit nach rechts gerichteter liberaler Politik gibt es im Rahmen grundsätzlicher Gegnerschaft immer noch partielle Gemeinsamkeiten bei der Verteidigung liberaler Institutionen, faschistischer Politik, die diese liberalen Institutionen zu beseitigen suchen, gilt offene Feindschaft.

Es scheint mir sinnvoll für die strategische Diskussion der LINKEN vier Typen von Staatlichkeit in kapitalistisch geprägten Gesellschaften zu unterscheiden: 1. den liberalen Staat, 2. den liberal-autoritären Staat, 3. den Staat des autoritären Etatismus und 4. den faschistischen Staat.

1. Der *liberale Staat* ist weniger die »Normalform des bürgerlich-kapitalistischen Staates« (Demirović 2025) als dessen ideale Norm, von der aber permanent abgewichen wird. Der liberale Staat ist nach Marx »die einzige Staatsform, worin ihr allgemeines Klasseninteresse [das der Bourgeoisie – M.B.] sich zugleich die Ansprüche ihrer besondern Fraktionen wie alle übrigen Klassen der Gesellschaft« (Marx 1982: 177) unterwirft – und dies ist selten genug der Fall. Da ein bürgerlicher Staat die Funktion hat, die bürgerlich-kapitalistische Eigentumsordnung zu sichern und dafür die allgemeinen Bedingungen bereitzustellen und zu organisieren, ist er stets mehrfach bedroht – von den Versuchen einzelner Kapitalfraktionen, die Oberhand zu gewinnen; vom Bestreben politischer Akteure, ihrerseits sich die Gesellschaft zu unterwerfen (mit dem von Marx analysierten Fall des Bonapartismus); von externen Akteuren im internationalen Feld; von fundamentalen Krisen des Kapitalismus, denen liberal nicht beizukommen ist; von faschistischen Bewegungen, die mit dem liberalen Erbe brechen wollen, und schließlich von sozialistischen Kräften, die über den Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie hinausgehen wollen.

2. Der *liberal-autoritäre Staat* ist u.a. dadurch geprägt, dass die Öffentlichkeit mit autoritären Mitteln wie Sprachverboten eingeschränkt wird, Protestbewegungen kriminalisiert werden, die Unabhängigkeit der Gerichte begrenzt wird, Nicht-Staatsbürger abgewertet und ausgegrenzt werden und die Exekutive die Legislative wie Judikative dominiert.

3. Der *Staat des autoritären Etatismus* ist, so Nicos Poulantzas durch »ein gesteigertes Ansichreißen sämtlicher Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens durch den Staat«, einen »einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie« und durch die »drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten ‚formalen‘ Freiheiten, die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden« (Poulantzas 2002: 231f.), geprägt.

4. Der *faschistische Staat*, so Poulantzas, vollzieht »einen echten Bruch« (ebd.: 238) mit den liberalen Institutionen und schafft auf kapitalistischer Basis einen totalitären Maßnahmestaat. Die Tendenz von der Orientierung an

Abb. 3: Mögliche Stufen der Regression liberaler Staatlichkeit



liberaler Staatlichkeit hin zu ihrer autoritären Umformung und zum autoritären Etatismus durch Aushöhlung dieser Staatlichkeit ist durch den Finanzmarkt-Kapitalismus und seine Krise bedingt und schafft die Bedingungen für einen faschistischen Bruch mit dem liberalen System. Wer diese Tendenz umkehren will, darf sich nicht nur gegen die Aushöhlung der liberalen Institutionen wenden, sondern muss vor allem danach streben, diese Krise durch eine grundsätzliche soziale und ökologische Transformation und eine Umgestaltung der EU und ihrer internationalen Beziehungen überwinden (siehe Abb. 3).

In der Bundesrepublik wie in anderen Staaten der EU geht es bei der Frage der Regierungsbeteiligung oder Regierungsführung durch dezidiert rechte Parteien im Unterschied zu Regierungen, die durch konservative oder auch sozialdemokratische Parteien geführt werden, um *Abstufungen innerhalb des Typs des liberal-autoritären Staates*, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diese Abstufungen sind politisch relevant, aber kein Unterschied um das Ganze. Weder die AfD noch die FPÖ oder die Fratelli d'Italia bzw. das Rassemblement National oder die PiS sind faschistische Parteien; es sind rechts-autoritäre Parteien, die die Grundstrukturen der liberalen Ordnung einhalten, wenn auch nach rechts biegen und schwächen. Es gibt faschistoide wie faschistische Strukturen in ihnen, die aber – zumindest in den Staaten der EU – weit von Dominanz entfernt sind.

Während das offen Faschistische leicht erkennbar ist, gilt dies nicht für die »bloß« autoritären Tendenzen, für die Barbarisierung im Einzelnen und für die wohldosierten, zivilisierten Formen der »Ausnahme« von liberalen Regeln, die schleichend zur Norm werden, Gewöhnung erzeugen, Praktiken der bloßen Instrumentalität im Verhältnis zu Menschen und Menschengruppen verallgemeinern. Wie Poulantzas schon früh erkannte, kann es dazu kommen, dass der sich ins Autoritäre wendende liberale Staat »nicht nur vereinzelte und verstreute Elemente des Totalitarismus« enthält, »sondern [...] ihre organische Anordnung als ein permanentes Dispositiv neben dem offiziellen Staat« (ebd.: 239) kristallisiert und der Staat sich verdoppelt, wobei sich

die liberalen Institutionen entleeren und die autoritären Strukturen zum eigentlichen Gehalt des Staates werden. Eine solche Politik wird auch von einer ganzen Reihe von liberal-konservativen und sozialdemokratischen wie grünen Parteien in den Staaten der EU verfolgt.

Die These von der Faschisierung ist aus meiner Sicht mit zwei Fallen verbunden. Zum einen kann die *gesamte* herrschende Politik als faschisierende Politik verstanden werden, was dazu führen würde, die Widersprüche zwischen dem Festhalten an liberalen Grundsätzen und dem selektiven Aufgeben dieser Grundsätze nicht als Kampffeld zu nutzen und möglichst breite Bündnisse zur Bewahrung der Liberalität zu schließen.

Zum anderen kann die These der Faschisierung dazu verleiten, die Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik, die ihrerseits Autoritarismus vorantreibt und Faschismus befördert, zugunsten der Verteidigung der liberalen Demokratie zurückzustellen. DIE LINKE würde dann zu einer Geißel der herrschenden Kreise werden, die alle Kritik an der neoliberalen und auf Aufrüstung und Konfrontation orientierten Politik damit zurückweisen, dass dies den rechtsextremen Kräften in die Hände spielt und eine Querfront bilde. Unter den heutigen parlamentarischen Kräfteverhältnissen auf Bundesebene und in vielen Bundesländern kann DIE LINKE, wenn sie jedes gemeinsame Abstimmen mit der AfD in jeder Frage ausschließt, in vielen Fällen antisoziale Politik nicht blockieren. Dies bedeutet, man würde zulassen, dass die AfD als faschistisches Schreckgespenst benutzt wird, um im Namen des Erhalts der sogenannten Bandmauer die fatale herrschende Politik fortsetzen zu können. CDU/CSU hätten ein enormes Erpressungspotenzial. Sie könnten die Zustimmung der LINKEN zu antisozialer, antiökologischer, militaristischer Politik damit erzwingen, dass sie damit drohen, bei Ausbleiben dieser Zustimmung genau diese Politik in verschärfter Form mit der AfD zu realisieren. Wenn es tatsächlich bei einer Regierungsbeteiligung der AfD »um Alles« geht, wenn damit eine faschistische Diktatur errichtet wird, die jede demokratische Organisation unmöglich macht, wäre dies kein zu hoher Preis. Aber diese eine solche Diktatur droht gegenwärtig nicht. Und deshalb gibt es auch keinen Grund, die Politik der CDU/CSU »um jeden Preis« zu unterstützen, wenn damit nur die AfD keine Regierungsgämsen bekommt. Es kann in der *jetzigen* Situation nicht darum gehen, dass DIE LINKE in Verteidigung der liberalen Demokratie jene Politik der herrschenden Klasse zu unterstützen gezwungen ist, die genau diese Demokratie untergräbt und autoritäre wie faschistische Kräfte stärkt. Der Aufbau eines eigenen Pols der Hoffnung hin zu einer friedensorientierten sozialökologischen Transformation würde unmöglich werden. Was kurzfristig die liberale Demokratie zu stärken scheint, untergräbt sie langfristig umso stärker.

Die These von der Faschisierung wie auch die Orientierung auf eine antifaschistische Politik dürfen die Frage nicht verstellen, welches *heute* und *hier* der politische Hauptwiderspruch ist: Ist es Widerspruch der zwischen faschistischen Kräften einerseits und ihren Gegnern oder der Widerspruch zwischen jenen, die eine antisoziale, antiökologisch, auf Aufrüstung und Konfrontation setzenden Politik vertreten und dabei zu autoritären Mitteln greifen einerseits und jenen, die für eine sozialökologische friedensorientierte Transformation stehen, andererseits?

Meines Erachtens spricht im Moment nichts dafür, dass in der Bundesrepublik der Übergang zu einer faschistischen Diktatur droht. Faschistische Kräfte stellen eine kleine, wenn auch gefährliche Minderheit dar und die die Bundesrepublik tragenden Kräfte sind in keiner Weise geneigt, mit ihnen die Macht zu teilen, geschweige denn, sie ihnen zu übergeben, wie dies 1932/33 der Fall war. Es gibt mit der AfD eine in der Gesellschaft mittlerweile verankerte politische Kraft, die harte rechtsautoritäre Positionen vertritt, die vor allem in Fragen von Migration und Staatsbürgerschaft im Widerspruch zu Grundsätzen der Verfassungsordnung stehen. Innerhalb der AfD und sie unterstützend gibt es relevante faschistische Kreise. Zugleich verbleibt die Politik der Gesamtpartei bisher weitgehend im Rahmen der liberalen Ordnung, wenn auch die Möglichkeiten ihrer selektiven Außerkraftsetzung getestet werden. Man kann die AfD am äußeren rechten Rand des autoritären Liberalismus verorten.

Die CDU und CSU sind konservativ-liberale Parteien, die eine verschärfte autoritäre Politik auf einer ganzen Reihe von Feldern vorantreiben, denen die SPD keinen grundsätzlichen Widerstand entgegensetzt und die sie gerade im Falle der Aufrüstung und Militarisierung nach außen wie innen und absehbarer Politik des Abbaus des Sozialstaats sogar selbst aktiv befördert. Diese Politik, verbunden mit Krisen, Extremereignissen und Kriegen, wird Elemente der Barbarisierung, des Autoritären und auch des offen Faschistischen stärken und, wenn nicht gestoppt, die Gefahr erhöhen, dass am Ende jener historische Moment entsteht, der das Tor zum offenen autoritären Etatismus oder sogar zum Faschismus öffnet (siehe Mattei 2025). Noch ist es keinesfalls soweit.

Um die Entstehung einer solchen Situation zu verhindern, muss m.E. ein sozialökologischer und friedensorientierter Richtungswechsel der Politik erkämpft werden. Der Kampf gegen die Faschisierung verlangt aus meiner Sicht deshalb *vor allem* den Aufbau einer eigenen gesellschaftlichen und politischen Formation dieses friedensorientierten sozialökologischen Richtungswechsels bei gleichzeitiger Verteidigung und Stärkung der liberalen Institutionen.

Die Faschisierung als Formierung offen faschistischer Kräfte ist real, aber sie nicht die Haupttendenz in der Bundesrepublik und der EU. Die Fixierung auf die Gefahr der Faschisierung verstellt den Blick auf die wirkliche unmittelbare Hauptgefahr. Sie geht von der andauernden Blockade einer sozialökologischen Transformation, von Aufrüstung und Militarisierung, von der rechtsautoritären Wendung in der Migrationspolitik, von der Abkehr von den Konzepten gemeinsamer Sicherheit und Entwicklung, vom Schulterschluss von Staat und Konzernen bei der Erneuerung neoliberaler Politik aus.

4. Die strategische Kernaufgabe der LINKEN

»Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an.«
(DIE LINKE 2011: 93)

Über mehr als zwei Jahrzehnte gab es in der Bundesrepublik einen breiten neoliberalen Konsens mit einem sozialen und ökologischen Flügel in Gestalt von SPD und Grünen und einem konservativen Flügel mit CDU/CSU, während die FDP vor allem als Mehrheitsbeschaffer auftrat, wenn es zu keiner – immer kleineren – »großen Koalition aus SPD und CDU/CSU« kam. DIE LINKE spielte dabei bundespolitisch – wenn überhaupt – nur eine Korrekturfunktion in sozialen und friedenspolitischen Fragen. Die Entstehung der Neuen Rechten als starke gesellschaftliche und politische Kraft hat nun die strategische Situation für die Partei und andere linke Akteure grundsätzlich verändert (Gürpınar 2024) und dies in Zeiten globaler, europäischer und innerdeutscher Umbrüche. Dazu gehören das Ende der unilateralen Dominanz der USA und der Aufstieg Chinas sowie des globalen Südens, die absehbare ökologische Katastrophe, die Durchsetzung künstlicher Intelligenz und umfassender Robotisierung sowie neue Kriege und immer schwerer zu kontrollierende Waffensysteme.

DIE LINKE muss beantworten, worin ihr Gebrauchswert im Parteiensystem der Bundesrepublik in dieser gegenüber 2007 veränderten strategischen Situation bestehen soll. Dabei gibt es drei Optionen: Erstens kann die Funktion der LINKEN vor allem darin bestehen, die Regierungsbeteiligung oder Regierungsübernahme durch eine Partei der Neuen Rechten (sprich:

der AfD) um jeden Preis zu verhindern und dabei mit liberal-konservativen Parteien Bündnisse einzugehen und mit Abstrichen deren bisherige Politik weitgehend zu stützen. Zweitens besteht die Möglichkeit, den Schwerpunkt auf den Aufbau eines Mitte-Links-Lagers mit der Perspektive einer gemeinsamen Regierung zu legen, die einen Richtungswechsel der Politik einleitet. Drittens kann angestrebt werden, einen eigenen »dritten« Pol, einen Pol der Hoffnung, jenseits der »Mitte« aufzubauen und dafür gesellschaftliche und andere politische Kräfte zu gewinnen. Schließlich steht auch die Frage im Raum, ob die Möglichkeit besteht, diese Optionen strategisch zu verbinden und wie dies geschehen könnte.

4.1 Bündnis gegen Rechts

In DIE LINKE gibt es die Position, dass dann, wenn die »Brandmauer« zwischen CDU/CSU und AfD geschleift wird und diese Parteien gemeinsam eine Regierung bilden, ein »Unterschied ums Ganze« eintritt. Zusammengehen mit der AfD sei »Freifahrschein für enthemmte Brutalität. Die Autokraten wollen die Konkursmasse der Freiheit unter sich aufteilen« (Schlemermeyer/Nord 2025); und auch Lia Becker geht von einer Situation aus, in der »Unterschiede ums Ganze« auf der Tagesordnung stehen, wenn es um die Differenz geht zwischen den »liberal-neoliberalen Kräften in der EU« einerseits und den »rechten Projekten« andererseits, mit denen eine »mögliche Entfesselung von Gewalt, anti-demokratische Brüche und Faschisierung von Staat und Gesellschaft [...] einhergehen« (L. Becker 2025a).

Eine solche Deutung der Epochensituation beschwört die völlige Zerstörung der Institutionen der liberalen Demokratie, wenn es zu einer gemeinsamen Regierung von CDU/CSU und AfD kommt. Sie geht davon aus, dass eine solche Regierung die demokratische Meinungs- und Willensbildung unterdrücken und die demokratische soziale, kulturelle, gewerkschaftliche und politische Linke mit staatlicher und außerstaatlicher Gewalt zerschlagen wird. Vor Augen tritt das Ende der Weimarer Republik 1932/33. Merz wäre Papen, der Hitler in Gestalt von Alice Weidel den Weg bereitet. Aber ist das die reale Hauptgefahr? Ingar Solty fordert im Kontrast zu diesem Szenario mit Recht eine »Debatte über die Qualität des rechtsautoritären Nationalismus an der Macht« und schreibt: »Eine Machtbeteiligung der AfD ist nicht das Ende vom Lied. Die AfD ist nicht die NSDAP. Trump, Meloni, Wilders, Kickl – sie sind schlimm, aber alle nicht Hitler. Trump offenbart starke illiberale Tendenzen und plant den autoritären Staatsumbau, aber Bernie Sanders und Zohran Mamdani sitzen nicht im KZ, sondern führen den Widerstand an. [...] Auch in Europa gilt: In Italien, Holland, Österreich und so weiter sind weder die linken Parteien noch die Gewerkschaften verbo-

ten, selbst in Polen konnte man die PiS-Partei abwählen. Auch in Brasilien folgte auf Bolsonaro wieder Lula.« (Soltz 2025; siehe auch mit Blick auf Österreich vor anderthalb Jahrzehnten Schmidinger 2009) Der Ausgang dieses Kampfes, das zeigen gerade die Entwicklungen in den USA, hängt in hohem Maße davon ab, wie stark die Alternative zu neoliberaler, militarisierter, antisozialer Politik ist. Denn ohne eine solche Alternative kann sich die Neue Rechte dauerhaft die Mehrheit in der Gesellschaft sichern.

Wird davon ausgegangen, dass ein Regierungsbündnis von CDU/CSU und AfD einen »Unterschied ums Ganze« macht und eine faschistische Diktatur auf der Tagesordnung steht, dann ist es folgerichtig, den Hauptwiderspruch, dem sich linke Kräfte und auch DIE LINKE stellen müssen, als Widerspruch zwischen den Verteidigern der liberalen Demokratie (von DIE LINKE bis CDU/CSU) auf der einen Seite und ihren faschistischen Gegnern (symbolisiert durch die AfD) auf der anderen Seite zu bestimmen. Wäre dem so, dann bestünde die Hauptaufgabe darin, das breitestmögliche Bündnis zu schmieden und die folgenden Fragen der Strategieforen des Instituts für Solidarisches Moderne positiv zu beantworten: »Braucht es angesichts der Entwicklung der einzelnen Parteien des progressiven Spektrums und in der aktiven Zivilgesellschaft nun einen neuen Anlauf für ein übergreifendes Bündnis gegen den Rechtsruck? Eines, das einen konsequenten und sozialen Antifaschismus ohne parteipolitische Beschränkungen gesellschaftlich auf eine neue Stufe hebt und das selbst für demokratische Konservative und klassische Liberale anschlussfähig ist?« (AG Strategieforen des ISM 2025)

Wie aber soll aus einem solchen Bündnis eine Politik des konsequenten »sozialen Antifaschismus« hervorgehen, der doch nichts weniger als einen radikalen Richtungswechsel gegenüber der neoliberalen und militarisierten Politik verlangen würde? Die reale Gefahr besteht eher darin, dass um »den Faschismus zu verhindern«, das Soziale und das Antimilitaristische weit zurückgestellt wird und die jetzige, selbst schon von der AfD geprägte Politik mitgetragen wird. Wie verwirrend die damit verbundenen Probleme sein können, macht Stephan Hebel deutlich: »Hier sind wir an dem für die ›Zukunftslinken‹ vielleicht kompliziertesten Punkt: Wir werden nicht umhinkommen, eben jene Verhältnisse gegen den Autoritarismus zu verteidigen, die wir seit Jahren mit guten Gründen angeprangert haben. Kurz gesagt: Wir müssen verteidigen, was wir kritisieren, und kritisieren, was wir verteidigen.« (Hebel 2025) Am Ende könnte sich erweisen, dass man nolens volens jene Politik zu unterstützen gezwungen ist, die immer weiter in jenen Abgrund führt, weil von der Dialektik gleichzeitiger Verteidigung der liberalen Institutionen und Kritik antisozialer Politik und Militarisierung nur die Verteidigung der Institutionen übrig bleibt. DIE LINKE würde dann zwangsläufig in die

Position kommen, Aufrüstung, Kriegsertüchtigung nach innen und außen, Sozialabbau und Hochziehen der Außengrenzen der EU mittragen zu müssen, »um Schlimmeres zu verhindern«. Der LINKEN droht, am Ende beides zu verlieren – die liberalen Errungenschaften und sich selbst als linke Partei.

Sebastian Friedrich hat das strategische Dilemma linker Politik, die vor allem darauf gerichtet ist, den Zugang der Neuen Rechten zu staatlicher Macht zu verhindern, so auf den Punkt gebracht: »Gerade das Thema Antifaschismus, das vermutlich wesentlich zum überraschend guten Bundestagswahlergebnis im Februar [2025 – M.B.] beitrug, eignet sich besonders für jene Linke, die sich vom liberalen Zentrum angezogen fühlen. Dahinter steckt, bewusst oder unbewusst, ein Volksfront-Denken. Die Idee: mit möglichst allen nicht-faschistischen Kräften gemeinsam die sogenannte liberale Demokratie verteidigen.« (Friedrich 2025) Diese Volksfront-Strategie und direkte Unterstützung der Regierung in Zeiten höchster Not, so Rosa Luxemburg schon 1900, ist aber nur dann sinnvoll, wenn dabei die Richtung der Politik grundsätzlich verändert wird, um mit aller Entschiedenheit *die Ursachen* zu beseitigen, die zur Bedrohung liberaler Verhältnisse geführt haben (Luxemburg 1900).

Ein gesondertes Problem ist die sogenannte Brandmauer gegenüber der AfD. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann die Brandmauer, dogmatisch gehandhabt, dazu führen, dass eine grundlegend falsche Politik hingenommen wird, weil sie ohne gemeinsames Abstimmen mit der AfD parlamentarisch nicht verhindert werden kann. Damit schützt diese Brandmauer die Regierung von CDU/CSU und SPD und erlaubt ihnen, die heutige Politik fortzusetzen und weiter zu verschärfen. Sie verschafft ihnen durch die Strategie des *divide et impera* eine komfortable Stellung. Eine dogmatische Fixierung auf die Brandmauer »um jeden Preis« kann brandgefährlich werden. Einerseits ist es richtig, wie Ines Schwerdtner davor zu warnen, dass »eine AfD-geführte Regierung einen gigantischen Schaden an Grundrechten und im Sozialstaat anrichten [würde], mit unabsehbaren Langzeitfolgen« (Schwerdtner 2025a), andererseits bleibt offen, welchen Preis DIE LINKE dafür zu zahlen bereit ist, um eine solche Regierung zu verhindern. Man erschwert vielleicht die Regierungsbeteiligung der AfD und ermöglicht damit zugleich CDU/CSU und SPD, eine Politik zu implementieren, die sich nur im Maß der Radikalität von der Politik der AfD unterscheidet. Zudem verspielt man die eigene Glaubwürdigkeit. Die Kooperation bei der Verteidigung der liberalen Institutionen und der Antagonismus gegenüber der herrschenden Richtung der Politik der gegenwärtigen Regierung sollten für DIE LINKE zwei Seiten einer Medaille sein.

Nur auf der Basis des konsequenten Einsatzes für Frieden, Gerechtigkeit, Ökologie und Demokratie – und das heißt in harter Auseinandersetzung mit

der herrschenden Politik in diesen Fragen bei gleichzeitigem Einsatz für die Wahrung der liberalen Errungenschaften – kann man dazu beitragen, den Prozess der Faszisierung zu stoppen. Im Mainstream ist die Auseinandersetzung mit der AfD und rechtsextremen Bestrebungen viel zu oft leere moralisierende Pose. Gegen die Gleichschaltung der Medien und die Sprachverbote im öffentlichen Raum muss die liberale Demokratie nicht zuletzt gegen jene verteidigt werden, die sie ständig im Mund führen.

4.2 Mitte-Links-Bündnis

Ein Ansatz, um der Falle der Unterordnung unter jene Politik zu entkommen, die CDU/CSU bis SPD und Grüne in den letzten Jahrzehnten realisiert haben und nun verschärfen, zielt auf die möglichst schnelle Schaffung mitte-links-orientierter gesellschaftlicher und politischer Mehrheiten für einen Richtungswechsel. Dieser Ansatz ist dann realistisch, wenn man von zwei Lagern ausgeht – einem progressiven, zu dem parteipolitisch neben der LINKEN auch SPD und Grüne gezählt werden, und einem konservativ-reaktionären Lager, wie dies Alex Demirović tut: »Angesichts ihrer konkreten Politiken ist es schwierig, die SPD und die Grünen als Teil eines progressiven Lagers zu verstehen. Aber sie bilden mit vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und linken Aktivitäten einen Resonanzraum. Sie verfolgen zumindest teilweise Ziele, die für Linke und soziale Bewegungen wichtige Bezugspunkte darstellen. [...] Eher als einen dritten Pol bildet die Linke mit diesen beiden Parteien einen widersprüchlichen progressiven Block [...]. Dem progressiven Block steht ein konservativ-reaktionärer Block aus CDU/CSU, AfD, BSW und FDP gegenüber.« (Demirović 2024) Aus dieser Perspektive gibt es zwischen CDU/CSU und FDP sowie BSW einerseits und AfD vor allem Gemeinsamkeiten, sodass sie gemeinsam bekämpft werden müssen. Umgekehrt sind dann auch die Differenzen zwischen SPD, Grünen und Linkspartei nur graduell.

Albrecht von Lucke hat die Option eines Zusammengehens von SPD, Grünen und LINKEN in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* so auf den Punkt gebracht: »Gewiss, bis dahin ist es noch ein weiter Weg, und zwar nicht nur arithmetisch (momentan kommen SPD, Grüne und Linke im Bund nicht einmal auf 40 Prozent), sondern auch inhaltlich. Fürs Erste wird man sich daher an eine möglichst konstruktive Arbeitsteilung gewöhnen müssen: sozialdemokratischer Reformismus an der Regierung, grüne Verantwortungsethik aus der Halbdistanz und demokratischer Antikapitalismus von der Linkspartei. Entscheidend ist, dass diese Konstellation kein Nullsummen-Spiel wird, bei der die Gewinne der einen Partei durch die Verluste der anderen aufgewogen werden, sondern dass das rechte Lager wieder an Stimmen verliert.« (Lucke 2025: 8) Auch seitens der Grünen gibt es ent-

sprechende Überlegungen. Karoline Otte, MdB der Grünen, formuliert das so: »Die Zusammenarbeit zwischen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sollte nicht zu stark durch unnötige gegenseitige Konkurrenz belastet werden.« (Otte 2025) Wie schon in den Jahrzehnten davor und mehr noch jetzt, wird dabei von der LINKEN eine grundsätzliche Revision der außen- und sicherheitspolitischen Positionen gefordert. Der Bundesvorsitzende der Grünen, Felix Banaszak, formuliert das so: »Da, wo es gemeinsame Interessen gibt, können wir mit der Linken zusammenarbeiten. Da, wo Blindflug herrscht, wie zum Beispiel bei der Ukraine, werde ich das benennen.« (t-online 2025)

Die Progressive Linke fordert dazu auf, das Projekt einer gemeinsamen Regierung von SPD, Grünen und LINKEN zivilgesellschaftlich vorzubereiten: »Man kann sich aus unterschiedlichen Gründen nicht darauf verlassen, dass sich in dieser Zeit der Anspannung und Gefahr von Rechts, in den verbliebenen drei AfD-resilienten Parteien (SPD, Grüne, Die Linke) die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit durchsetzt, und entsprechend gehandelt wird.« (Netzwerk Progressive Linke 2025) Der Zeithorizont betrage nur drei Jahre.

Man muss sich immer wieder bewusst machen, dass SPD und Grüne seit 1999 die Politik des progressiven Neoliberalismus realisiert haben, sei es unter der Kanzlerschaft von Schröder, Merkel oder Scholz. Sie waren auch gemeinsame Initiatoren der Zeitenwende ungehemmter Aufrüstung und der Orientierung an Systemrivalität, haben die NATO-Osterweiterung bis hin zur Unterstützung für den Beitritt der Ukraine zur NATO mitgetragen. Wenn ein Mitte-Links-Bündnis mehr sein soll als die Fortsetzung dieser Politik unter Beteiligung der LINKEN (ggf. mit zusätzlichen sozialen Akzenten), würde es darauf ankommen, die progressiven Positionen zu Ökologie, Geschlechterfragen, Migration usw. – soweit sie wirklich »progressiv« sind – aus der neoliberalen Vereinnahmung zu befreien und mit einer Politik der sozial-ökologischen Transformation und gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung zu verbinden. Dies aber ist nur möglich, wenn es gesellschaftlich wie politisch und kulturell handlungsfähige Kräfte gibt, die machtvoll und nachhaltig in die politischen Entscheidungsprozesse eingreifen können. Gibt es diese nicht, wird die bisherige Politik mit leichten Modifikationen fortgesetzt. Dann bleibt, um »Schlimmeres zu verhindern«, als einzig sinnvolle Option auf Bundesebene die Tolerierung⁶ einer Mitte-Links-Regierung ohne Betei-

⁶ Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 hatten Mario Candeias und ich unter der Überschrift »Rückkehr der Hoffnung« im Neuen Deutschland für den Fall, dass es nach der Wahl im Bundestag parlamentarische Mehrheiten von SPD, Grünen und Partei DIE LINKE gäbe, die Option der Tolerierung ins Spiel gebracht: »Machen wir uns nichts vor: die Erfüllung der offensiven Doppelaufgabe – weitere Beeinflussung der Regierungspolitik von links und Arbeit an einem Richtungswechsel – würde bei einer direkten Regierungsbeteiligung unmöglich. Deswegen steht nicht

Tabelle 1:**Programmatische Positionen von SPD, Grünen und Partei DIE LINKE im Vergleich**

Themenfeld	SPD	Grüne	DIE LINKE
Außenpolitik allgemein	NATO- und EU-gebunden	NATO- und EU-gebunden Menschenrechte, Klima	Primat gemeinsamer Sicherheit, Abrüstung, NATO-kritisch
Ukraine-Konflikt	Militärische Unterstützung der Ukraine, scharfe Sanktionen gegen Russland	Militärische Unterstützung der Ukraine, scharfe Sanktionen gegen Russland	Fokus auf Verhandlungen und gemeinsame Sicherheit mit Russland
NATO & Rüstung	Militarisierung, Aufrüstung	Militarisierung Aufrüstung	Ablehnung von Aufrüstung, defensive militärische Strukturen
Außenwirtschaft/Handel	Sozial regulierter Freihandel	Klimafreundlicher Strukturwandel	Solidarischer, solidarische Weltwirtschaft
Wirtschaftsmodell	Soziale Marktwirtschaft, starke neoliberale Elemente	Öko-sozialer Markt, grüne Investitionen	Demokratisch-sozialistisch, wirtschaftsdemokratische Eingriffe umfassender Transformation von unten wie oben
Steuern & Umverteilung	Progressive Steuern, moderate Umverteilung	Steueranreize für Klimaschutz, Entlastung unten	Hohe Reichensteuern, starke Umverteilung
Sozialpolitik	Ausbau Absicherung (Rente, Pflege, Kinder)	Soziale Sicherheit + Klimaschutz	universale Systeme der Daseinsvorsorge, starke Mietregulierung
Migration (Einwanderung)	Steuerbar, integrationsorientiert	Proaktive Einwanderung, legale Wege	Schutzrechte, Zugang zu Sozialleistungen
Asyl & Grenzen	Humane Verfahren + Steuerung Außengrenzen	Legale Fluchtwege, humane EU-Lösungen	Gegen Abschottung, schnellere Anerkennung
Klimapolitik	Sozial flankiert, technologieoffen	Zentral, ambitionierte Ziele, schnelle Transformation	Sozial gerechter Klimaschutz, staatliche Steuerung

ligung der Partei DIE LINKE. Die inhaltlichen Differenzen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt gerade außenpolitisch außerordentlich groß und teilweise antagonistisch (siehe Tabelle 1).

die Frage einer Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE auf Bundesebene auf der Tagesordnung, sondern der Kampf um einen Richtungswechsel durch gesellschaftliche wie parlamentarische Opposition oder – gegebenenfalls – Tolerierung.« (Brie/Candeias 2016) Regierungsbeteiligung unterscheidet sich dadurch vor allem von Tolerierung, dass mit einer solchen direkten Beteiligung an der Exekutive die Gesamtverantwortung für die Politik der jeweiligen Regierung übernommen werden muss. Die Partei wird in Haftung genommen für die Richtung der Politik.

4.3 Aufbau eines Pols der Hoffnung

Seit Jahrzehnten gibt es für Linke in vielen westlichen Staaten und in Deutschland eine Situation, wo es nur die Wahl zwischen zwei mehr oder minder großen Übeln gibt. Die Formierung der Neuen Rechten zu einer starken politischen Kraft hat diese Situation einer falschen Alternative auf die Spitze getrieben. Mit Sanders, Corbyn und Mélenchon sowie durch andere Linke wurde versucht, dem durch den Aufbau einer starken eigenen linken Kraft zu begegnen. Auch die Gründung der WASG und der Zusammenschluss mit der PDS zur LINKEN erfolgte aus diesem Motiv. Immer ging und geht es darum, dass die gesellschaftlich-politische Linke mehr sein sollte als das linke Anhängsel der neoliberalen Mitte, sondern sich zu einer wirklich eigenständigen politischen Kraft herauszubilden hat und zu einem eigenen linken Gravitationspol wird, der die Mitte nach links zieht. Horst Kahrs rät der LINKEN in diesem Zusammenhang aber zu Nüchternheit: »Diese Partei wüsste, dass absolute Mehrheiten für sie nicht erreichbar sind, dass sie als ›kleine Partei‹ vielleicht ein Sechstel der Wähler*innen erreichen und damit, wenn es um progressive Mehrheiten zur Lösung der Transformationsblockaden geht, den Unterschied machen kann und muss.« (Kahrs 2025: 17) Dafür gibt es Voraussetzungen: Von denen, die bei der Bundestagswahl 2025 ihre Stimme für die Partei DIE LINKE abgaben, gaben 95% (!) an, sie sei »eine gute Alternative für alle, die sich bei SPD und Grünen nicht mehr aufgehoben fühlen«, 94% betonten, dass sie sich mehr als alle anderen um sozialen Ausgleich bemühe und 86% hoben hervor, dass sie sich stärker als die anderen für eine humane Flüchtlingspolitik einsetze. Zugleich waren 86% ihrer Wählerinnen und Wähler um den Erhalt von Demokratie und Rechtsstaat besorgt, 82% machen sich Sorgen um die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel (Hildebrandt 2025: 8, 9).

Stephan Hebel bringt das Dilemma von DIE LINKE auf den Punkt: »Das Ringen um eine mehrheitsfähige Zukunftslinke hat sicher nur dann eine Chance, wenn es auf einer realistischen Einschätzung ihrer aktuellen Minderheitsposition basiert.« (Hebel 2025) Wie aber kann aus der Minderheit heraus wirkungsvoll Politik gemacht werden? Dazu braucht es vor allem außerparlamentarische Macht, wie Rosa Luxemburg immer wieder klar gemacht hat. Im Zusammenhang mit dem Bildungsprozess der LINKEN hatte ich 2006 die Position formuliert, dass »die Linke zu einer dreifachen Strategie verpflichtet« sei – »erstens zur bedingungslosen Abwehr aller Tendenzen hin zu totaler Herrschaft und offener Barbarei, zweitens zur kritischen Unterstützung einer sozialdemokratischen Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus, insoweit diese sich in Auseinandersetzung mit einem imperialen autoritären Neoliberalismus befindet, und zum dritten zum Kampf für die Auflösung der

inneren Widersprüchlichkeit dieser sozialdemokratischen [›progressiven‹ – M.B.] Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus durch eine ganze Zahl von sich wechselseitig verstärkenden Einstiegsprojekten hin zu einer umfassenden sozialen und demokratischen Transformation, die letztlich die Profitdominanz überwindet und damit über den Kapitalismus hinausweist. Das erste – so wäre die Behauptung – ist ohne das zweite und das dritte nicht zu haben« (Brie 2006: 52; siehe aktuell Peters 2025).

4.4 Drei strategische Schritte

Folgt man dieser Dreifachstrategie, dann gibt es drei Schritte: Die Voraussetzung für ein wirkliches Mitte-Links-Projekt und die dauerhafte Verhinderung einer rechtsautoritären Regierung ist ein starker linker Pol. Sein Aufbau ist der erste Schritt, der – wenn nichts Unerwartetes eintritt – einige Jahre brauchen wird. Erst wenn dieser Pol existiert, kann ein starker Druck auf andere politische Kräfte wie SPD und Grüne ausgeübt werden, sich selbst deutlich nach links zu bewegen, ohne dabei den Anschluss in der Mitte zu verlieren. Und nur wenn dieser zweite Schritt Erfolg hat, kann in einem dritten Schritt ein Richtungswechsel der Politik eingeleitet werden, der autoritäre Kräfte zurückdrängt und die Ursachen der Faschisierung wirksam bekämpft. Plötzliche große Krisen können zu einer Verdichtung dieser drei Schritte führen.

Die hier formulierte Strategie der drei Schritte verlangt, dass DIE LINKE ein klares Programm des Richtungswechsels hin zu sozialökologischer und sicherheitspolitischer Transformation entwickelt, das in größeren Teilen der Bevölkerung, besonders auch in den lohnarbeitenden Klassen, nicht zuletzt im industriellen und dienstleistenden Sektor, und bei wichtigen gesellschaftlichen Akteuren Unterstützung findet. Erst ausgehend von einer solchen Machtbasis, über die weder die gesellschaftliche noch politische Linke gegenwärtig verfügt, und nur auf ihrer Grundlage kann dann die Frage nach einem Richtungswechsel der Politik auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, nicht umgekehrt.

Nancy Fraser formulierte die damit verbundene Aufgabe 2017 so: »Für die Linke sollte [...] von jetzt an gelten: *Verweigert die unmögliche Wahl zwischen progressivem Neoliberalismus und reaktionärem Populismus.* [...] Statt mit dem Bündnis aus Finanzialisierung und Emanzipation die sozialen Sicherungssysteme zu bekämpfen, sollten wir eine neue Allianz der Verfechter von Emanzipation und sozialer Sicherung gegen die Finanzialisierung schmieden.« (Fraser 2017: 75) Diese Allianz muss aber in Deutschland erst noch gebildet werden.

Die Dreifachstrategie von Abwehr, kritischer Verteidigung der liberalen Institutionen und Aufbau einer Alternative muss auf jedem der drei Schritte

umgesetzt werden und bedeutet jeweils anderes. Ihre Verwirklichung ist bei jedem dieser Schritte von den sehr konkreten Bedingungen vor Ort, regional, auf Bundes- oder EU-Ebene unterschiedlich. Der Aufbau und Erhalt eines Dritten Pols oder Pols der Hoffnung sollte aber immer den inneren Kern ausmachen. Ohne eigene Macht ist politisch alles nichts, nur frommer Wunsch. Solange DIE LINKE und die politisch durch sie repräsentierten Bewegungen keine eigenständige Kraft sind, die man nicht zu erpressen vermag, solange sie als eigener Pol nicht durch Stärke SPD und Grüne zu einem grundsätzlichen Richtungswechsel zu bewegen vermag, so meine Überzeugung, wird dieser Richtungswechsel ausbleiben. Erst als eigener – dritter – Pol kann es gelingen, die demokratischen Institutionen zu verteidigen.

Es gibt gute Gründe, vom Feind zu lernen, in Deutschland auch von der AfD. Sie hat über ein ganzes Jahrzehnt nun sich als eigener partei- und gesellschaftspolitischer Pol aufgebaut und damit die Agenda beginnend mit der CDU/CSU über FDP, SPD und BSW geprägt. Zunehmend kann sie aus einer Position der Stärke agieren. Sie ist allein – bisher – nicht mehrheitsfähig und hat doch die Kraft entwickelt, in wesentlichen Bereichen einen Richtungswechsel der Politik einzuleiten. Man könnte auch sagen, sie hat den ersten Schritt erfolgreich absolviert und geht jetzt zum zweiten Schritt über – der Schaffung von Mehrheitsverhältnissen ausgehend von ihren Positionen. Immer unwahrscheinlicher wird es, dass die »Brandmauer« hält, und dies gilt auch auf Bundesebene.

Einen sozialökologischen friedensorientierten Richtungswechsel der Politik wird es nur geben, wenn linke Mehrheiten entstehen. Linke Mehrheiten werden aber erst dann entstehen, wenn DIE LINKE eine starke politische Kraft mit hoher Anziehungs- und Ausstrahlungskraft geworden ist. Deshalb besteht die Hauptaufgabe in der Stärkung der Partei als eigenständiger linker politischer Kraft und ihre Verankerung in der Gesellschaft sowie Vernetzung in der Zivilgesellschaft, vor allem mit Initiativen aus der Arbeitswelt und dem sozialen sowie ökologischen Bereich und der Friedensbewegung. Nur aus einer Position eigener Stärke kann durch ein linkes Bündnis ein Richtungswechsel erzwungen und die Rechtsentwicklung gestoppt werden. Eine eigene starke politische Kraft kann DIE LINKE nur werden, wenn sie eine klare Position des sozialökologischen und friedensorientierten Richtungswechsels vertritt und ausgehend davon einen systemisch zu nennenden Konflikt mit der neoliberalen und auf Aufrüstung zielenden Politik der sogenannten politischen Mitte aufmacht. Als linkes Anhängsel des liberalen Mainstreams wird die Partei nie zu einer eigenständigen Macht und zum Attraktionszentrum eines dritten Pols der Hoffnung. Erst auf Grundlage dieses Pols ist ein Bündnis zwischen sozialistischen und linkslibertären Kräften möglich.

Ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis verlangt, dass in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung das Primat des Kulturkonflikts, wie ihn die Rechte und der progressive Neoliberalismus gemeinsam inszenieren, durch das Primat des Klassenkonflikts abgelöst wird. Anstelle neoliberaler Globalisierung vs. nationalistische Abschottung, anstelle »die Fremden« vs. »uns« muss das Oben und Unten der Klassengesellschaft ins Zentrum gerückt werden. Es geht um ein an den Interessen der Lohnarbeitenden ausgerichtetes Zukunftsprojekt von sozialer Sicherheit in Umbruchzeiten, von Erneuerung der Industrie, von Ausbau der sozialen Sorgewirtschaft und Einleitung der ökologischen Wende; es geht um Wirtschaftsdemokratie, die Großkonzerne und Finanzanleger dem Gemeinwohl unterordnet, die Belegschaften und Kommunen stärkt und Frieden auf der Basis gemeinsamer Sicherheit schafft. Die Umverteilung zugunsten der öffentlichen Sektoren und der unteren Gruppen der Gesellschaft ist die unverzichtbare Voraussetzung für sozialökologische Transformation und eine Politik gemeinsamer Sicherheit. Dafür muss gegen die neue Rechte der Kampf um die Arbeiterklasse aufgenommen werden.

5. Der Kampf um die Arbeiterklasse

»Deutschland ist eine Klassengesellschaft. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen findet überwiegend in privaten Unternehmen mit dem Ziel statt, möglichst hohe Gewinne zu erzielen.

Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte. Sie erhalten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitaleigner an.

Diese bestimmen über seine Verwendung, über die Investitionen und somit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt. Die Lebens- und Bildungschancen der Menschen hängen in hohem Maße von ihrer Klassenlage und sozialen Herkunft ab.«

(DIE LINKE 2011)

5.1 Der Verlust der Arbeiterklasse

2023 hatte Mario Candeias die Frage, ob DIE LINKE die Arbeiterklasse verloren hatte, mit »Nein, eigentlich nicht« beantwortet (Candeias 2023). Eine solche Einschätzung entzieht dem von ihm vertretenen Konzept der verbindenden Klassenpolitik (Candeias 2017) die politisch-strategische Brisanz, denn leider ist der reale Befund über fast alle westlichen Staaten hinweg und für fast alle linken Parteien ein dramatisches »Zu unserer Schande:

Ja!« Wie Eribon konstatiert, haben frühere Arbeiterparteien darauf verzichtet, »soziale Antagonismen und Unterdrückungsmechanismen zu thematisieren oder ganz einfach den Beherrschten eine politische Stimme zu geben« und so »rechtem Denken Vorschub« geleistet (Eribon 2016: 118). Auch DIE LINKE hat ihren anfänglichen überproportionalen Zuspruch aus der Arbeiterschaft nicht halten können. Während 2009 und 2013 der Anteil der Arbeiter, die DIE LINKE wählten, deutlich über dem Gesamtergebnis für die Partei lagen (16% zu 11,9% und 12% zu 8,6%), hat sich dies seit 2017 angeglichen (Deutscher Bundestag 2023).

Man muss es sich schonungslos bewusst machen: Der Aufstieg der Neuen Rechten resultiert genau daraus, dass die politische Linke im hohen Maße die Arbeiterklasse verloren hat, weil sie diese durch Unterstützung des progressiven Neoliberalismus im Stich ließ oder unfähig war, dessen Politik erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen. Vor die falsche Alternative gestellt – ein nationalistisches Schutzversprechen zu wählen, das sich feindlich gegen Migranten wendet, Minderheitenrechte beschneidet und liberale Errungenschaften zurücknehmen will, oder eine liberale Politik zu unterstützen, die Sozialabbau und Konkurrenz am Arbeitsplatz vorantreibt – haben sich gerade jene, die auf Schutz angewiesen sind, oft für ersteres entschieden. Das ist interessengeleitetes Wählen unter den Bedingungen einer falschen Alternative!

Für Deutschland sprechen die Fakten für sich: Die Bundestagswahl 2025 hat gezeigt, dass Parteien in der rechten Mitte und rechts von ihr eine deutliche Mehrheit haben und zudem stärker als linke Parteien Nichtwähler zu mobilisieren vermochten (die Union 800 Tsd., die AfD 1,8 Mio.). SPD, Grüne und LINKE kamen zusammen (!) auf nicht einmal auf 37% der abgegebenen Stimmen. 2005 waren es rd. 51%, 2009 45,6%. Die Wählerwanderung erfolgte bei den Bundestagswahlen 2025 zu weit mehr als 90% zwischen diesen drei Parteien und nur im geringen Maße von Seiten von Nichtwählern oder von anderen Parteien (Hildebrandt 2025: 2).

Spiegelbildlich zum Abstieg der SPD vollzog sich der Aufstieg der AfD. Während sich das Wahlergebnis der SPD von 2005 bis 2025 von 34,2% auf 16,4% um 17,8% verringerte und damit mehr als halbierte, stieg das der AfD von 4% auf 20,8%, d.h. um 16,8%. Dies bedeutet nun nicht, dass die früheren Wählerinnen und Wähler der SPD durchgängig zur Rechten gewandert sind. Sie sind teils ins Lager der Nichtwähler und teils zu den Grünen oder der LINKEN gewandert, teilweise auch zur CDU und CSU, aber eben auch zur AfD. Dies gilt nicht zuletzt für industrielle Arbeiter, die die SPD verlor, »als

eine weit rechts stehende Partei mit einem einwanderungsfeindlichen Profil um Stimmen warb« (Debus/Traunmüller 2025: 2). Vor allem aber gelang es der SPD nicht, ausreichend neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, ganz im Gegenteil zur AfD (siehe auch im europäischen Vergleich Bischof et al. 2025). Das Feld links von CDU/CSU und FDP schrumpfte.

Während 1998 48% jener, die sich als Arbeiter verstehen und ihre Stimme bei der Bundestagswahl abgaben, die SPD wählten (Deutscher Bundestag 2023), waren es 2025 nur noch 12% gegenüber 22% für CDU/CSU und 38% für die AfD (LINKE 8%, BSW und Grüne jeweils 5%) (ARD Tagesschau 2025). Deutlicher kann das Versagen der Kernparteien der politischen Linken – und dies schließt die LINKE ein – nicht zum Ausdruck gebracht werden. Bezogen auf die Berufsklassen gilt, dass die AfD überdurchschnittlich durch Produktionsarbeiter und Dienstleistungsarbeitende gewählt wird (Wagner 2024: 8). Der Versuch von WASG und dann DIE LINKE, die Abwanderung von größeren Teilen der lohnarbeitenden Klassen nach rechts zu verhindern und so einen »grundlegenden Politikwechsel« (WASG 2005) auf die Tagesordnung zu setzen, war letztlich erfolglos.

Wenn behauptet wird, dass die »Selbstzuschreibungen« der bei Umfragen Interviewten »wie ›Arbeiter‹, Angestellte, Erwerbslose und Ähnlichem [...] in ihrer Einfachheit so evident wie nichtssagend« (Candeias 2024: 8) seien, dann nimmt dies die Klassenfrage in ihrer Dramatik und strategischen Relevanz nicht ernst. Die Selbstverortung von Lohnarbeitenden als Arbeiter ist im völligen Gegenteil zu Candeias vielmehr ein deutlicher Ausdruck von Klassenbewusstsein und Klassenidentität. Wie sehr das der Fall ist, wird in folgenden Analysen deutlich: Westheuser und Lux stellen fest, »dass Befragte aus der Arbeiterklasse tatsächlich auch besonders häufig das Gefühl haben, zur Arbeiterklasse zu gehören: 83% der Produktionsarbeitenden und 70% der Dienstleistungsarbeitenden geben diese Form der Identifikation an – beides Werte, die weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen« (Westheuser/Lux 2024: 18). Schwuchow kommt in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem Schluss: »Erwerbstätige, die unter Kontrollverlust sowie einer Behandlung als Bürger*in zweiter Klasse in der Arbeit leiden, fühlen sich überdurchschnittlich stark der Arbeiterklasse zugehörig (60%), das sind fast zehn Prozentpunkte mehr als im Gesamtdurchschnitt des Datensatzes.« (Schwuchow 2024, 9) Und Nicole Mayer-Ahuja betont, dass die Selbsteinstufung als zugehörig zur Arbeiterklasse ein »widerständiges Potenzial« ausdrückt: »Weil darin die Vorstellung von einer anderen Klasse mitschwingt, deren Interessen den eigenen entgegenstehen. Weil damit die eigene Lage als *strukturell* ungerecht dargestellt wird: Ich werde um die Früchte meiner Arbeit und den Respekt, der mir zusteht, betrogen, *weil* ich Teil dieser Klasse bin. Und weil man mit

dem trotzigen Verweis auf die ›Arbeiterklasse‹ andeutet, dass man sich auch gegen diese Ungerechtigkeit auflehnen könnte.« (Mayer-Ahuja 2025: 226)

Erst wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Wahlen systematisch demobilisiert (und zwar durch SPD und CDU/CSU gleichermaßen) und politisch heimatlos gemacht. Damit entstand eine große »Repräsentationslücke«, die dann mit einem bestimmten Zeitverzug durch die AfD sowie durch eine sich nach rechts wendende CDU/CSU gefüllt wurde. 60% der Arbeiterinnen und Arbeiter, die bei der Bundestagswahl zur Wahl gingen, haben 2025 rechts oder scharf rechts gewählt, wobei es überproportional Männer waren. 45% jener, die in den Sinus-Milieus als Prekäre bezeichnet werden, stimmten für die AfD und nur 9% bzw. 8% für die SPD bzw. DIE LINKE (Vehrkamp 2025: 2). Die Anrufung einer ethnisch-nationalen Solidargemeinschaft war so erfolgreich, dass »die AfD gerade in den Bevölkerungsgruppen am meisten gewählt wird, die von der AfD [ihrem Wahlprogramm – M.B.] am stärksten sozial benachteiligt werden würden« (Peters 2025).

Man muss sich die Dramatik der skizzierten Entwicklung bewusst machen: Der Aufstieg der Neuen Rechten wurde genau deshalb möglich, weil die politische Linke in ihrer Breite, aber auch die radikale Linke, die Arbeiterklasse verloren haben. Sie wieder zu gewinnen, entscheidet über die Zukunft der Linken und ihre Fähigkeit, einen Richtungswechsel einzuleiten, der den Finanzmarkt-Kapitalismus überwindet und eine solidarische sozialökologische Transformation und friedenspolitische Offensive einleitet.

Teile der Linken haben sich in den Augen der Arbeiterklasse zutiefst kompromittiert. Einerseits wurde sie unter dem Diktat des Shareholder-Value in eine extreme Zwangssituation gebracht, die ihre organisierte Macht schwächte, den Druck und die Hetze am Arbeitsplatz deutlich steigerte, die Geißel permanenter Unsicherheit und Zukunftsunsicherheit schwang und die Gruppen der Arbeiterklasse gegeneinander in scharfe Konkurrenz versetzte. Und auf der anderen Seite, so Nancy Fraser, wird dies »durch die Kränkungen verschlimmert, die ihnen der progressive Moralismus zufügt, wenn er sie routinemäßig als kulturell rückständig abstempelt« (Fraser 2017: 73). Aus der Sicht der Arbeiterklasse an die Adresse der progressiven Intelligenz formuliert: »Während Ihr unfähig oder unwillig seid, mit uns ein starkes progressives Bündnis gegen den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu bilden, verleiht ihr dem Neoliberalismus die Aura des Fortschritts. So kommt zu der sozialen Abwertung seitens der Kapitaleliten durch Euch auch noch unsere kulturelle Entwürdigung hinzu. Und jetzt wundert Ihr Euch, dass wir denen folgen, die Euer direktes Gegenteil sind?!«

5.2 Das fatale Primat des sogenannten Kulturkonflikts

Die Hinwendung der Arbeiter nach rechts hat eine längere Geschichte, die mit den Umbrüchen der Klassen- und Sozialstruktur in den westlichen Gesellschaften verbunden ist. Im Juni 2022 erschien eine Studie von Herbert Kitschelt und Philipp Rehm, die das Wahlverhalten in westlichen liberalen Demokratien über die letzten 60 Jahre systematisch auswertet. Eine der wichtigsten Aussagen dieser Studie war, dass sich in allen Ländern, die sie untersucht haben, ein umfassender Umbau der parteipolitischen Orientierungen und Dominanzstrukturen vollzogen hat. Dabei sei aber ein unerklärliches Vakuum aufgetreten: Die große Gruppe der Lohnarbeitenden, die über keine hohe Bildung und kein hohes Einkommen verfügen – das Jenaer Klassenmodell spricht von »konventioneller Arbeiterklasse« (Butting et al. 2025: 47f.) –, sei politisch heimatlos. Sie habe keinen dauerhaften verlässlichen politischen Ansprechpartner mehr (Kitschelt/Rehm 2022: 81) – eine Rolle, die die Sozialdemokratie und westliche Kommunistische Parteien in den 1950er- oder 1960er-Jahren gespielt hatten.

Um die Veränderungen im Parteiensystem der liberalen Demokratien zu erklären, geht die Studie von Kitschelt und Rehm von einer einfachen Annahme aus: Sie definieren vier soziale Großgruppen, die sich mit Blick auf zwei Kriterien voneinander unterscheiden – Bildung und Einkommen. Zu niedriger Bildung werden alle gezählt, die keine Hochschulbildung haben; niedriges Einkommen haben nach der von Kitschelt und Rehm vorgenommenen Klassifikation alle, die in den unteren zwei Dritteln der Einkommensverteilung liegen. Ihre Ausgangsannahme ist, »dass die Wähler – in Gruppenaggregaten – über wohlverstandene politische Grundeinstellungen verfügen, die sich aus ihren wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen ableiten und die es ihnen ermöglichen, politische Präferenzen im Einklang mit ihren Grundüberzeugungen zu entwickeln.« (Ebd.: 8) Personen mit niedrigem Einkommen seien für Umverteilung und die mit höherem Einkommen dagegen. Kitschelt und Rehm gehen weiter von dem Befund aus, dass jene, die über weniger Bildung verfügen, eher autoritär, jene mit höherer Bildung dagegen eher libertär orientiert seien (siehe Tabelle 2).⁷ Sie weisen nach, dass sich in den letzten 60 Jahren die Größe dieser Gruppen in ihrem Verhältnis zueinander deutlich verändert hat. Die Gruppe derer mit niedrigen Einkommen und niedriger Bildung sank von über 65% auf unter 50%, die mit hoher Bildung und

⁷ Ich halte die Bezeichnung »autoritär« in diesem Zusammenhang für problematisch, werde aber diese Terminologie, die die Forscher in ihren Analysen, die im Weiteren herangezogen werden, nicht verändern (siehe die Kritik in Brie 2024, 102–107). Dies gilt auch für andere Klassifikationen, auf die ich mich in diesem Text beziehe.

Tabelle 2: Stilisierte politische Einstellungen von Gruppen mit hohem Bildungsniveau (nach Kitschelt/Rehm 2022)

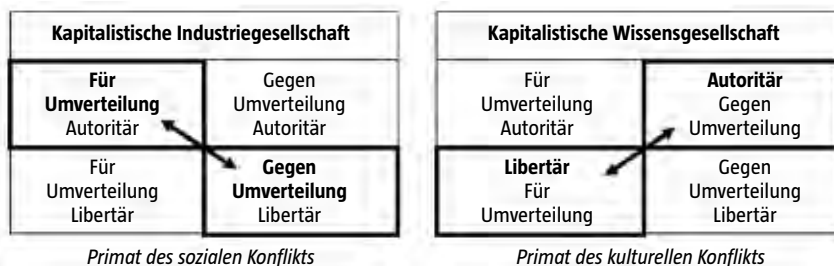
Einkommen			
		Niedriges Einkommen	Hohes Einkommen
Bildung	Niedrige Bildung	Für Umverteilung Autoritär	Gegen Umverteilung Autoritär
	Hohe Bildung	Für Umverteilung Libertär	Gegen Umverteilung Libertär

niedrigem Einkommen dagegen stieg von fast Null auf nahe 20%. Der Anteil jener mit niedriger Bildung, aber hohem Einkommen dagegen sank von rund 30% auf gut 15%, und die, die über hohe Bildung und hohes Einkommen verfügen, machen nicht mehr nur 7 bis 8% aus, sondern rund 25%. Dies bedeutet, dass das Verhältnis jener mit niedriger Bildung zu jenen mit hoher Bildung von 90:10 auf 65:35 sank. Natürlich sind alle diese Zahlen stark verallgemeinerte Durchschnittswerte.

Ausgehend von diesen Überlegungen stellen Kitschelt und Rehm die Hypothese auf, dass es zu einer »Umkehr der Polarität« gekommen sei. In der alten Industriegesellschaft hätte jene, die nur niedrige Bildung und ein niedriges Einkommen gehabt hätten, den Kern des linken Parteilagers ausgemacht, während jene, die über hohe Bildung und hohes Einkommen verfügten, am stärksten mit dem rechten Parteilager verbunden gewesen seien. Dies habe sich deutlich verkehrt: »Die traditionellen Kerngruppen des linken Parteifeldes (niedrige Bildung/geringes Einkommen) und des rechten Parteifeldes (hohe Bildung/hohe Einkommen) werden zu weniger zuverlässigen Anhängern des jeweiligen Feldes. Im Gegensatz dazu werden die ehemaligen umkämpften Gruppen der Bürger mit niedrigem Bildungsniveau/hohem Einkommen und mit hohem Bildungsniveau/geringem Einkommen zu den neuen Kernanhängern der rechten bzw. linken Parteien.« (Ebd.: 19) Die politisch umkämpften sozialen Gruppen von gestern mit geringer Loyalität zu linken bzw. rechten Parteien sind zu den Kerngruppen der jeweiligen Parteienlager aufgestiegen, während die, die die Hauptbataillone der Linken und Rechten von gestern waren, heimatlos wurden und sich von Fall zu Fall politisch orientieren.

Was Kitschelt und Rehm nicht in solcher Klarheit aussprechen, ist, dass der Umkehr der Polarität bei den Wählergruppen, die sich linken bzw. rechten Parteilagern zuwenden, zugleich eine Umkehr des dominanten Konflikts entspricht: Nicht sozialstaatliche Umverteilung vs. Marktorientierung, sondern das Verhältnis von libertären zu sog. autoritären Einstellungen, der vielbeschworene »Kulturkonflikt«, rückte ins Zentrum, während die Frage der

Abb. 4: Stilisierte politische Einstellungen von Gruppen mit hohem Bildungsniveau (nach Kitschelt/Rehm 2022)



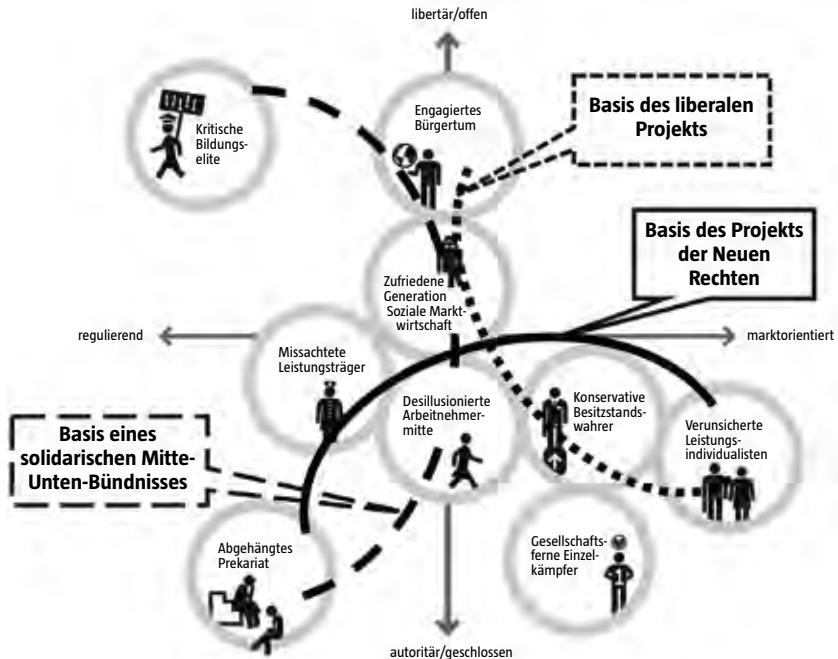
Umverteilung sekundär wurde (siehe Abb. 4). Dies verschiebt aber die Bedeutung von links und rechts gravierend in Richtung des Gegensatzes liberitär vs. autoritär. Kein Wunder, dass »links« in Teilen der Arbeiterklasse einen so schlechten Ruf hat.

Die Schlussfolgerung, die linke Kräfte aus dieser Analyse von Kitschelt und Rehm sowie aus der Bundestagswahl 2025 sowie Wahlen in den USA und anderen westlichen Ländern ziehen sollten, ist, dass die lohnarbeitende Klasse ohne akademische Bildung so lange, wie die Frage der Umverteilung nur einen untergeordneten Stellenwert hat, nicht zurückgewonnen werden kann und von der Neuen Rechten hegemonisiert wird. Und solange sich dies nicht ändert und ein linkes Lager fehlt, stehen sich parteipolitisch vor allem zwei Lager gegenüber – das liberale Lager mit einem eher linken und einem eher rechten Flügel sowie das Lager der Neuen Rechten, teilweise im Bündnis mit dem rechten Flügel des liberalen Lagers. Auf dieser Grundlage können keine Mehrheiten für eine sozialökologische Transformation und aktive Friedenspolitik entstehen.

5.3 Drei mögliche klassenverbindende Projekte

Gesellschaftspolitische Projekte sind nur dann mehrheitsfähig, wenn sie in der Lage sind, überzeugende Verbindungen zwischen Klassenfraktionen herzustellen, die mit Blick auf bestimmte Werteorientierungen weit auseinanderliegen. Die empirische Studie von Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné von 2018 zeigt, wie schon zuvor die Studie von 2006 (Müller-Hilmer 2006), dass sich in der Bundesrepublik neun gesellschaftliche Milieus ausmachen lassen, die sich in ihren gesellschaftspolitischen Einstellungen deutlich voneinander unterscheiden. Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné haben diese politischen Typen in einem zweidimensionalen Modell verortet, »welches den politischen Raum über eine traditionelle, ökonomisch soziale Links-Rechts-Achse

Abb. 5: Politische Typen und politische Projekte



(regulierend vs. marktorientiert) und eine kulturelle Libertär-Autoritär-Achse konstituiert« (Müller-Hilmer/Gagné 2018: 5) (siehe Abb. 5). Ausgehend davon wird deutlich, dass drei gesellschaftspolitische Projekte möglich sind, die die Chance auf Mehrheiten in der Bevölkerung haben.

Es ist dies erstens das in der oberen Mitte zentrierte Projekt des mehr oder minder progressiven Neoliberalismus mit einem sozialen und einem konservativen Flügel, wie es seit vielen Jahrzehnten die Bundesrepublik dominiert und in der Merz-Klingbeil-Regierung noch einmal Gestalt angenommen hat. Es reicht vom »Engagierten Bürgertum« über die »Zufriedene Generation soziale Marktwirtschaft« und die »Konservativen Besitzstandswahrer« bis hin zu den »Verunsicherten Leistungsindividualisten«. Sie alle sind bereit, – wenn auch mehr oder minder – die Frage von Umverteilung als zweitrangig zu betrachten.

Zweitens hat sich in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik das Projekt der Neuen Rechten etabliert und sucht, die Verunsicherten Leistungsindividualisten, die Gesellschaftlichen Einzelkämpfer, die Konservativen Besitzstandswahrer, die Desillusionierte Arbeitnehmermitte und das Abgehängte

Prekariat zu verbinden. Gescheitert ist in der Bundesrepublik bisher der Versuch, wie er beim Zusammengehen von PDS und WASG unternommen wurde, einen Dritten Pol, ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis zu schaffen. Ein solche Bündnis zielt darauf ab, eine Klassenpolitik zu realisieren und dafür die Kritischen Bildungseliten, das Engagierte Bürgertum, die Zufriedene Generation soziale Marktwirtschaft, die missachteten Leistungsträger, die Desillusionierte Arbeitnehmerrunde und das Abgehängte Prekariat zu gewinnen. Wie aus der Abbildung 6 deutlich wird, ist es das Hauptproblem dieses dritten Projekts, das Kritischen Bildungseliten und das Abgehängte Prekariat entlang der vertikalen Achse des sogenannten Kulturkonflikts »libertär/ offen« vs. »autoritär/geschlossen« stark gegensätzliche Positionen haben. Zugleich sind sie sehr geeint in der Ablehnung der Marktorientierung und bei der Forderung sozialer Regulation. Ausgehend davon zeigt sich, dass die schon vor 20 Jahren gewonnene Einsicht auch heute noch stimmt: »Welches sind die Chancen, Mehrheiten für eine sozial orientierte Politik gegenüber einer marktliberalen Politik zu gewinnen? Beide politische Ausrichtungen haben eine Basis in den oberen Gruppen der Gesellschaft. Dies bedeutet auch: Mehrheiten müssen unten gewonnen werden!« (Brie 2007: 30) Daraus kann man einen Schluss für die heutige strategische Orientierung ziehen:

DIE LINKE muss, will sie ihre zentralen Ziele erreichen, ihre Stellung in den sozial orientierten akademisch gebildeten Mittelschichten ausbauen, aber in einer Weise, durch die es gelingt, Teile der nichtakademischen lohnarbeitenden Gruppen der Mitte und im »Unten« der deutschen Klassengesellschaft, die Arbeiterklasse im engeren Sinne, zu gewinnen. Wer die Arbeiterklasse aufgibt, gibt den Charakter der Partei als dezidiert linker sozialistischer Partei auf. Die Fähigkeit der Linken, die Arbeiterklasse zurückzugewinnen und zugleich im Bereich der Angestellten Rückhalt auszubauen, entscheidet über die Mehrheitsfähigkeit für einen solidarischen, sozialökologischen Richtungswechsel der Politik in der Bundesrepublik.

5.4 Der Klassenkompass: Oben und Unten

Linus Westheuser übernimmt das oben schon genutzte traditionelle Modell zweier Konfliktlinien und ergänzt sie um zwei weitere, die aus seiner Sicht jede für sich »eine gleichwertige und unabhängige strukturierende Kraft für den politischen Raum« (Westheuser 2021: 97) besitzen. Die erste, bekannte, Konfliktlinie ist die zwischen Positionen, die Umverteilung befürworten oder ablehnen (Umverteilung vs. Eigentum). In der Bundesrepublik gibt es einen breit geteilten Konsens zugunsten von Umverteilung. Die zweite, ebenfalls bekannte, Konfliktlinie bezieht sich auf die Differenz zwischen univer-

salistischen und partikularistischen Positionen. Besonders umstritten ist das Verhältnis zu Migration. Diese zweite Konfliktlinie ist als »Kulturkampf« bekannt gemacht worden. Als dritte Konfliktlinie führt Westheuser die zwischen links und rechts ein. Rechte Positionen zeichnen sich aus seiner Sicht dadurch aus, dass ihre Vertreter der Auffassung sind, »dass Einkommensunterschiede gerecht sind und eine akzeptable Widerspiegelung individueller Anstrengungen darstellen« (ebd.: 98). Es geht um das Verhältnis von Leistung und Anerkennung, dessen Verständnis aus seiner Sicht links und rechts trennt.

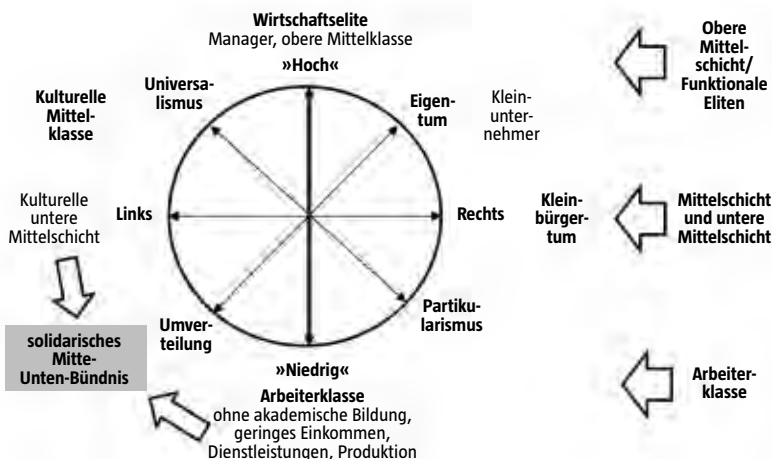
Originär ist die Einführung einer vierten Konfliktlinie, die Westheuser ausgehend von einem Artikel von Pierre Ostiguy (Ostiguy 2017) mit den Termini »High« (Hoch) und »Low« (Niedrig) bezeichnet: »Die ›hohe‹ Politik vertraut auf institutionelle Vermittlung, unpersönlichen Prozeduralismus und Legalismus, während die ›niedrige‹ Politik für ein Ideal der ›Verkürzung der Distanz zwischen der legitimen Autorität und dem Volk‹ (Ostiguy 2017: 83) durch Unmittelbarkeit, Nähe und Personalisierung steht.« (Westheuser 2021: 103) Gerade die, die sich aus dem politischen System ausgeschlossen fühlen und über weniger Kenntnisse über das Funktionieren dieses Systems verfügen, die das Gefühl haben, dass ihnen die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse genommen wurde, dass Vermögen und Einkommen ungerecht verteilt sind, fordern mehr direkte Mitsprache, während die, die sich integriert fühlen, diese Mitsprache aller ablehnen und eine dezidiert »anti-populistische« Sichtweise haben.

Westheusers Innovation besteht darin, dass er die konventionelle Darstellung, bei der sogenannte universalistische Werte oben und partikularistische Werte unten stehen und der sogenannte Kulturkonflikt betont wird, um 45 Grad dreht. Westheuser sei ausführlich zitiert: »Durch eine leichte Drehung wird der politische Raum also auf seine sozialen Füße gestellt. An der oberen und unteren Seite des Raums finden sich Klassencluster, die sich *gleichermaßen* durch ökonomisches und kulturelles Kapital *und* sozialen Status im Raum oben (Manager) bzw. unten (Arbeiterklasse) definieren. Fraktionen mit mittlerem Kapital stehen sich auf einer horizontalen Achse gegenüber, das Cluster der kulturellen Mittelklasse ist nach links gerückt, das Cluster des Kleinbürgertums nach rechts. Auf den ersten Blick ist dies eine kosmetische Veränderung. Aber im Einklang mit dem hier gewählten spezifisch soziologischen Ansatz, der von Klassen und sozialer Schichtung ausgeht, trägt sie dazu bei, unsere Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Formen der sozialen Spaltung im politischen Raum zu lenken. Unter Beibehaltung aller Informationen [...] [der quantitativen Untersuchung – M.B.] entschärft diese Form der Darstellung die ›zweite Dimension‹ von Universalismus und Partikularismus etwas und verdeutlicht intuitiv ihren Platz in der sozialen Logik der

ideologischen Verteilung. Die universalistische Spaltung ist eine ideologische Dimension der *Stratifizierung des politischen Raums*. Universalistische und anti-umverteilungsorientierte Eigentumsorientierungen können als die progressiven und konservativen Gesichter einer liberalen Ideologie verstanden werden, deren wichtigste Trägerschichten die professionellen Mittelschichten und Funktionselitens sind, wobei eine kulturelle obere Mittelschicht von soziokulturellen Fachleuten am stärksten den ›universalistischen‹ Pol repräsentiert, ein wirtschaftlicher Flügel von Kleinunternehmern (z.B. Restaurantbesitzer) den ›Eigentumspol‹, und der dominante Pol der herrschenden Klasse, das Unternehmenscluster von Eigentümern und Managern, zwischen beiden, an der Spitze des Raumes steht. In den Zwischenebenen des Raumes stehen sich mittlere und untergeordnete kulturelle und mittlere und untergeordnete wirtschaftliche (›kleinbürgerliche‹) Mittelschichtfraktionen gegenüber. Schließlich sehen wir die Arbeiterklasse auf der politisch ausgeschlossenen, ›niedrigen‹, umverteilungsorientierten und partikularistischen Seite des Raumes, dem Unternehmenscluster gegenüber.« (Ebd.: 119f.)

Abb. 6 verdeutlicht diese klassengeprägte Sicht auf die Konfliktlinien westlicher Gesellschaften. Hier wird der »Klassenkompass« (Eifler et al. 2022) zur Anschauung gebracht und aus der Sicht der Lohnarbeitenden von unten auf die Verhältnisse in der Gesellschaft geblickt. Die Angehörigen der Arbeiterklasse sehen sich in der gesellschaftlichen Logik des so skizzierten Raums vor allem im Gegensatz zu einem »Oben«, das sie von Entscheidungsprozessen ausschließt und in Konkurrenz versetzt. Dabei haben sie zwei Alternativen: Sie können erstens direkte Mitsprache fordern, sich nach links wenden und auf eine andere Verteilung von Macht, Einfluss und vor allem Lebenschancen setzen. Wenn sie dies tun, sind sie auch bereit, moderate universalistische Positionen zu unterstützen, auch wenn dies für sie nicht die oberste Priorität hat. Wer von ihnen verlangt, gegen jede Regulation von Migration zu sein oder eine ökologische Transformation zu unterstützen, auch wenn damit ihre Arbeitsplätze ersatzlos wegfallen und sie in prekäre Beschäftigung gedrückt werden und die Miete und die Heizkosten nicht mehr tragbar sind, der treibt klassenspaltende, die Rechte stärkende Politik. Gerade unter solchem Druck kann sich die Arbeiterklasse nach rechts wenden und die Politik einer ausgrenzenden ethnisierten Schutzgemeinschaft befürworten. Die Aktivierung des Klassenkompasses verlangt, die Frage der Interessen bei dem Wie der industriellen Transformation, im Bildungs- und Sorgebereich, bei der Integration von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten, bei allen brennenden Zeitfragen ins Zentrum zu rücken. Grundlage dafür ist ein die Klasse der Lohnabhängigen verbindendes Mitte-Unten-Bündnis, das jene, die der kapitalistischen Unsicherheit und Ungleichheit besonders ausgeliefert sind, mit

Abb. 6: Die gesellschaftliche Logik des politischen Raums
(nach Westheuser 2021: 119, leicht vereinfacht)



allen vereint, die sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Die Klassenfrage ist heute für DIE LINKE tatsächlich »das Modernste« (Bierbaum/Brie 2024a) und Erneuerung deshalb zugleich Aufbruch und Rückkehr. Ein solcher Ansatz muss sich vor allem auch dadurch bewähren, dass er dazu beiträgt, »eine offensive und autonome Gewerkschaftspolitik« (Bierbaum 2025c) politisch zu befördern, indem die LINKE auf neue Weise Ansprechpartner wird.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter ohne akademische Qualifikation wenden sich nach links oder rechts, indem sie sich entweder solidarisch mit jenen erweisen, die noch stärker als sie selbst von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und diskriminiert sind, oder aber sich selbst an dieser Diskriminierung beteiligen und sie legitimieren, indem sie sich moralisch, ökonomisch und politisch über diese zu erheben suchen. Dieser durch die Verhältnisse einer kapitalistischen Klassengesellschaft bedingten Ambivalenz kann man nicht dadurch begegnen, dass man den Arbeiterinnen und Arbeitern den Stolz auf die eigene Leistung auszureden versucht, weil damit eine Abwertung von Arbeitslosen verbunden sein könnte (wie es Wesser/Becker 2025 tun), sondern indem man dafür wirkt, dass sich dieser Stolz auf solidarische Weise gegen die herrschende neoliberale Politik richtet.

Auch die kulturellen Mittelschichten haben zwei Möglichkeiten. Sie können nach einer Symbiose von Umverteilung und Universalismus streben. Wenn sie dies tun, müssen sie sich klar auf die Arbeiterklasse zubewegen und hier ein Bündnis eingehen, dass neben der Achse der Umverteilung zugleich

auch die Achse des Konflikts der »Unten« mit denen »Oben« einschließt. Sie müssten die Klassenperspektive der Arbeiter als Teil des eigenen Projekts aufgreifen. Mehr noch: Sie müssen sogar *das Primat* dieser Perspektive übernehmen, wenn sie die unselige Allianz von emanzipatorischem Fortschritt und Neoliberalismus überwinden wollen. Dem stehen hohe kulturelle Hindernisse und Hürden im Selbstverständnis der kulturellen, sozial orientierten Mittelschichten entgegen (siehe die Analyse der »sozialen Therapeuten« durch Westheuser 2021: 259f.). Die andere Variante ist, dass sich diese Mittelschichten am Projekt des progressiven Neoliberalismus beteiligen und Universalismus mit Marktfreiheit und den Chancen der Marktgesellschaft verbinden. Sie gehen dann ein Bündnis mit den Oberschichten ein, die gute Gründe haben, ihre Eigentumsprivilegien zu verteidigen und bereit sind, dies mit universalistischen Positionen zu verknüpfen, wenn es ihnen nützt. Dies wird durch die Ideologie des Linkliberalismus argumentativ befördert.

Die beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Ines Schwerdtner und Jan van Aken, haben sich sofort nach ihrer Wahl sehr anschaulich am Klassenkompass orientiert und die Frage von Oben und Unten zum Ausgangspunkt der Neuorientierung der Partei gemacht. Die Drehung des Koordinatenkreuzes der Konfliktlinien durch Westheuser haben sie praktisch-politisch vollzogen und symbolisch prägnant ausgedrückt: Erstens haben sie ihre Einkünfte auf 2.850 Euro netto pro Monat reduziert und verzichteten nach eigenen Angaben auf etwa die Hälfte ihres Netto-Einkommens. Sie orientieren sich bewusst am durchschnittlichen Nettoeinkommen in Deutschland und spenden den Rest für einen Solidaritätsfonds der Linken. Zweitens haben sie die Frontstellung zu den Kapitaleliten prononciert betont. Jan van Aken hat »Tax the rich« zu seinem Motto gemacht und seine Bewerbung zum Parteivorsitz so eingeleitet: »Mein Name ist Jan van Aken und finde, es sollte keine Milliardäre geben. Das meine ich erst. Wisst ihr, dass Susanne Klatten, einer der reichsten Menschen Deutschlands, im letzten Jahr einen Stundenlohn von 1,1 Mio. Euro bekommen hat? [...] So unfassbar viel Geld hat kein Mensch verdient, so hart kannst du gar nicht arbeiten, so klug kannst du gar nicht sein, um so viel zu verdienen. Nein, sie haben es anderen weggenommen. Sie haben zu niedrige Löhne gezahlt und zu hohe Preise verlangt. Sie haben es uns geklaut und wir wollen es uns wiederholen! Wir müssen es uns wiederholen!« (Aken 2024) Dies hat deutlichen Bezug zu der Kampagne von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez »Fighting Oligarchy«.⁸ Das ist gelebte populäre demokratische Klassenpolitik.

⁸ Diese Kampagne hat fünf Schwerpunkte: 1. gegen die politische Vorherrschaft der Konzerne, 2. für die Stärkung der Rechte der Arbeiterklasse, 3. für eine Preisregulierung und

Ein Richtungswechsel der Politik ist nur möglich, wenn es gelingt, dauerhaft größere zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren, um den erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch sicherheitspolitischen Richtungswechsel einzuleiten und gleichzeitig klare Entscheidungen zu treffen, die die Unternehmen und Wirtschaftsverbände in die Pflicht nehmen. Ein historisches Beispiel sind die Maßnahmen der Roosevelt-Administration in ihren ersten einhundert Tagen. Es braucht des Muts zum Konflikt (Lehndorff 2020). Die tief eingreifende sozialökonomische Umgestaltung der USA durch den New Deal und später während des Zweiten Weltkriegs (Brie 2021) waren die Bedingung, die liberale Demokratie zu bewahren. Wer sich heute für deren Institutionen und die mit ihnen verbundenen Errungenschaften einsetzt, muss sich deshalb vor allem für einen Richtungswechsel der Politik einsetzen. Das hat ganz praktische Konsequenzen.

Ralf Krämer hat in seiner Analyse der bundesdeutschen Politik der Merz-Klingbeil-Regierung deutlich gemacht: »Entweder wird der Sozialstaat in einem Maße demoliert und demontiert, wie wir es bisher nicht erlebt haben, während sich zugleich der Druck auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften, Streikrecht usw. massiv vergrößern wird. Oder wir schaffen es politisch zu mobilisieren und die Hochrüstung zu verhindern sowie eine Umkehr zu einer sozialen Verteilungspolitik durchzusetzen: höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, hoher Einkommen und finanzstarker Unternehmen sowie Stärkung der Sozialversicherungen und des Sozialstaats insgesamt, sowie stetige Reallohnsteigerungen mindestens im Maße der Produktivitätszuwächse. Dazu brauchen wir eine starke Friedensbewegung und starke Gewerkschaften, vor allem aber deren Zusammenwirken und dies im Bündnis mit weiteren sozialen und demokratischen Bewegungen und ökologischen Kräften. Das ist die Kernaufgabe der kommenden Jahre.« (Krämer 2025: 12)

Die von der LINKEN gemachten Vorschläge zur Vermögensabgabe, zur Vermögenssteuer und zur Erbschaftssteuer zielen darauf ab, die Gewinner der neoliberalen Ära für die Finanzierung einer postneoliberalen sozialökologischen Agenda zur Kasse zu »bitten« (Die Linke 2024). Zugleich verlangt es auch Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit, um dem Verfassungsgrundsatz »Eigentum verpflichtet« in einer Zeit der sozialen wie ökologischen Krise Geltung zu verschaffen und Wirtschaftsdemokratie als Gestaltungsprinzip zu entwickeln. Den »manifeste(n) Kontrollverluste(n)

die Einschränkung der wirtschaftlichen Vormacht der Großkonzerne, 4. Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausbau der öffentlichen Sektoren und Umverteilung von oben nach unten sowie 5. Aufbau einer progressiven Massenbewegung.

in einer mehrfach sozial gespaltenen Gesellschaft« kann demokratisch nur mit einem Projekt des »Take back control« als »ein gesellschaftliches, aber nicht minder [...] arbeitsweltliches Demokratieprojekt« (Detje 2024: 46) begegnet werden. Dies aber verlangt eine Ausweitung der »Strukturen der betrieblichen Mitbestimmung [...], indem zugleich eine Demokratisierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie etabliert wird, und vice versa« (Hüning 2024: 36) – eine zutiefst sozialistische Vision.

Viele linke politische Kräfte hatten vergessen, dass nur dann eine einigermaßen Verbindung zwischen den akademischen und nichtakademischen Gruppen der lohnarbeitenden Klasse möglich ist, wenn, wie Linus Westheuser und Thomas Lux deutlich machen, »der *Interessengegensatz von Oben und Unten* und die legitimen Forderungen der weniger betuchten Mehrheit *im Zentrum* der gesellschaftlichen Debatte stehen« (Westheuser/Lux 2024: 22, Hervorh. von mir – M.B.) Deswegen ist, wie sie schreiben, eine »Neuorientierung«, eine Neuzentrierung der Linken notwendig. Und diese Wende darf nicht nur wahltaktisch sein, sondern sie muss es vor allem kulturell, praktisch, organisatorisch und personell sein. Der Markenkern der Linken, soziale Gerechtigkeit, muss gelebt sein. Der Skandal, dass der Bundestag heute kaum noch Abgeordnete hat, die einen Arbeiterhintergrund haben oder als Arbeiterinnen und Arbeiter durch Parteien aufgestellt werden, muss beendet werden. Mit tiefer Ironie hat sich Rosa Luxemburg über die »rührende alte Einbildung der Bourgeoisie« lustig gemacht, »es gehöre Gott weiß welche politische ›Reife‹ dazu, um des tiefsinnigen Mysteriums des bürgerlichen Parlamentarismus teilhaftig zu werden« (Luxemburg 1978a: 495). Es war gerade die marxistische Sozialdemokratie, die Arbeiterinnen und Arbeitern zur Politik im Interesse der eigenen Klasse befähigt hat.

Folgt DIE LINKE diesem Klassenkompass, dann kann sie ihren Beitrag dazu leisten, das *ausgehend* von der Perspektive des Unten der Klassengesellschaft gemeinsam an einem solidarischen Mitte-Unten-Bündnis gearbeitet wird. Dazu muss sie den sozial eingestellten kritischen akademischen Gruppen vermitteln, dass diese ihre eigenen Ziele, vor allem die der sozial-ökologischen Transformation und des Ausbaus der reproduktiven Sektoren der Gesellschaft sowie der Friedenspolitik, nur auf einer solchen Grundlage realisieren können. Es sind vor allem die Bezieher unterer Einkommen, die im Besonderen Forderungen unterstützen, die zugleich sozial wie ökologisch sind: Ausbau des ÖPNV, entgeltfreier ÖPNV (er wird von 95% der Niedrigverdiener befürwortet und von 79% jener mit einem Einkommen zwischen 1.500 und 2.500 Euro), Schaffung von gutbezahlten tariflichen Klimajobs, Tempolimit und Senkung der Strompreise für Geringverdiener (Candeias 2022: 18). Dies zeigt, dass es möglich ist, an einem »sozialistisch-ökologi-

schen Unten-Mitte-Bündnis« (Goes 2025) zu arbeiten. Doch die Herausforderungen sind gewaltig: »Das Modell Deutschland befindet sich in der Krise. Seine materielle Basis, nämlich eine starke und auf den Export ausgerichtete Industrie, ist brüchig geworden.« (Bierbaum 2025a) Der Umbruch im industriellen Bereich ist teilweise schon jetzt zum Abbruch geworden.

Wie Abou-Chadi et al. nachweisen, unterstützen Lohnarbeitende ohne akademische Bildung, die in ökonomischen Fragen ein linkes Programm befürworten, auch kulturell progressive Positionen in Fragen von Geschlechterverhältnissen, Ökologie sowie Migration bzw. verhalten sich dabei neutral. Sie sind bereit, solche progressiven parteipolitischen Positionen zu akzeptieren, solange sie nicht in verabsolutierter Form und in Abstraktion von den Folgen für Arbeitsplätze und Löhne sowie gesellschaftliche Stabilität vertreten werden. Sie sehen Migration zum Beispiel eher positiv, lehnen aber unregulierte Migration, wie sie in der Forderung nach »offenen Grenzen« zum Ausdruck kommt, ab. Verabsolutierte Positionen, die die Folgen ihrer Umsetzung ignorieren, zerstören die Glaubwürdigkeit linker Politik. Für die Gruppe der akademisch Gebildeten aus soziokulturellen Berufen gilt, dass sie dann (aber auch nur dann), wenn sie Umverteilung unterstützen, Programme deutlich ablehnen, die kulturell nicht progressiv sind.

Die Vorstellung, man könne Wählerinnen und Wähler aus nichtakademischen Kreisen der Arbeiterklasse gewinnen, indem kulturell progressive Positionen aufgegeben werden, sehen Abou-Chadi et al. als falsifiziert an. Sie kommen zu dem Schluss: »Unsere Ergebnisse zeigen, dass autoritärere und nationalistischere programmatische Appelle den sozialdemokratischen Parteien wahrscheinlich nicht helfen werden, wieder an Wählerstärke zu gewinnen: Solche Positionen sind bei potenziellen Wählern mit geringerem Bildungsniveau und aus der Arbeiterklasse nicht beliebt, und sie würden mit Sicherheit die gebildete Mittelschicht sowie jüngere potenzielle Wähler verprellen. Es gibt also keinen Beweis dafür, dass rechte Appelle erfolgversprechend sind.« (Abou-Chadi et al. 2025: 47) Es geht also nicht darum, linke soziale Positionen auf Kosten emanzipatorischer Ziele von Geschlechtergleichstellung oder im Umgang mit Migration bzw. in der Friedensfrage aufzugeben, sondern sie überzeugend und ohne Verabsolutierung letzterer *auf der Basis der Klasseninteressen* zu verbinden.

Um ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis aufzubauen, müssen zwei Strömungen vereinigt werden, die sich vor Jahrzehnten weitgehend trennten. Wie Klaus Dörre schreibt, waren »es genau genommen zwei große linke Lager [...], die während dieser Phase (der 2000er-Jahre – M.B.) den ›Geist von Porto Alegre‹ (Weltsozialforum) und mit ihm die Opposition gegen die kapitalistische Hyperglobalisierung verkörperten. Akteure, die eine Kontinu-

ität der alten sozialistischen Arbeiterbewegungen und der Gewerkschaften repräsentierten (vertikale Organisation, Kampf um die Macht, an selektivem Wachstum interessiert), verorteten sich überwiegend auf der Achse von Kapital-Arbeit-Konflikten. Das konkurrierende Lager libertärer Strömungen und Bewegungen setzte hingegen auf Selbstorganisation (funktionale Dezentralisierung), lehnte ökonomisches Wachstum als Ziel emanzipatorischer Politik grundsätzlich ab und agierte neben den Achsen race und gender hauptsächlich auf dem Feld des ökologischen Gesellschaftskonflikts.« (Dörre 2025: 16) Dies hat auch Folgen für das Verhältnis zu den Gewerkschaften und der Industriearbeiterschaft: »Industriepolitik muss heute nicht zuletzt wegen der ökologischen Herausforderungen [...] Konversionspolitik sein.« (Bierbaum 2025b)

Aus dem Nebeneinander und sogar oft Gegeneinander muss ein Miteinander werden, das über ein Mosaik hinausgeht, wie es der Situation der 2000er-Jahre adäquat schien (Urban 2009). Bei wirklicher Klassenpolitik geht es nicht um die Verbindung des Diversen mit Wissen um die Bedeutung der Klassenfrage – eine Verbindung, die auch nationalistisch oder rassistisch hergestellt werden kann –, sondern um *eine auf die Klassenfrage zentrierte verbindende Politik*. Während eine klassensensibilisierte linkslibertäre Position vom Verschiedenen ausgeht, um zur Einheit zu finden, geht sozialistische Klassenpolitik vom Gemeinsamen der Klassenlage unter Berücksichtigung der Verschiedenheit aus, in der sich die Betroffenheit durch die gemeinsame Klassenlage ausdrückt. Sie basiert auf einer diversitätssensibilisierten Klassenanalyse. Sozialistische Klassenpolitik zielt auf die Bildung einer klassenzentrierten Transformations-Linken (Brie 2014).

Eine Transformations-Linke kann nur gebildet werden, wenn die Klassenfrage zum strukturierenden Prinzip wird. Dies ist nicht deshalb notwendig, weil Fragen von Geschlechter- oder ethnisierten Beziehungen oder der Ökologie weniger wichtig wären, sondern zum einen, weil es die kapitalistische Produktionsweise ist, die die Dynamik der Gesellschaft prägt. Wer diese Dynamik brechen will, muss das Kapitalverhältnis als bestimmendes Gesellschaftsverhältnis überwinden. Zum anderen, und dies ist machtpolitisch entscheidend, können die emanzipatorischen Ziele linker Bewegungen nur dann umfassend erreicht werden, wenn die Schlacht mit der Neuen Rechten um die Unterstützung der lohnarbeitenden Klasse in der »unteren Mitte« der Gesellschaft gewonnen wird.

Meines Erachtens kann diese Schlacht nicht mit jenem Verhältnis zur lohnarbeitenden Klasse gewonnen werden, wie er sich in dem programmatischen Aufruf des Forums Demokratischer Sozialismus und des Netzwerks Progres-

sive Linke vom September 2025 »Die Erneuerung der Linken organisieren« niederschlägt. Dort taucht das Wort Klasse auf sieben Seiten vier Mal auf. Erstens im Zusammenhang mit dem »historische(n) Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital« und dann drei Mal negativ oder im negativen Kontext. Es wird von einer »vermeintliche(n) ›Klassenpolitik‹« gesprochen, »die sich in antiwestlichen Ressentiments oder anti-demokratischen Ressentiments erschöpft« und eine »Rhetorik« kritisiert, »in der der Begriff ›Klasse‹ nur ein Codewort für Fundamentalismus und Re-Maskulinisierung ist«. Außerdem wird einerseits betont, dass »Kritik der westlichen Ukraine-Politik«, »Mobilisierung gegen den völker- und menschenrechtswidrig geführten israelischen Krieg und der Kampf für den besonders unter Druck stehenden Teil der abhängigen Klasse« notwendig« seien. Andererseits wird sofort hinzugefügt: »Aber wir bilden keine Allianzen mit Kräften, die die Demokratie zerstören wollen, ein autoritär patriarchales Weltbild hochhalten und eine plurale Gesellschaft ablehnen.« (Forum Demokratischer Sozialismus/Netzwerk Progressive Linke 2025) Ein positives »Codewort« für Klasse bleibt aus und man darf sich nicht wundern, wenn der Eindruck entsteht, dass die Linke die Proletarier verachtet (Baron 2016).

6. Die Identität als sozialistische Klassenpartei

»Die Linke steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg. Sie streitet für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft. Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz für eine grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft. Dabei knüpfen wir an die sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften sowie ökologischen Regulierungen an, die in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der Vergangenheit bereits durchgesetzt wurden. Wir wollen sie weiterentwickeln und als Ausgangspunkt für weitergehende Veränderungen nutzen.«
(DIE LINKE 2011: 93)

Eine Partei wie DIE LINKE ist durch den Widerspruch geprägt zwischen ihren grundlegenden kapitalismuskritischen und über den Kapitalismus hinausweisenden Zielvorstellungen und der Notwendigkeit, in der realen Gesellschaft und unter den Bedingungen der realen Kräfteverhältnisse zu agieren. Es geht einerseits um die politische Artikulation, Vertretung und Durchsetzung realer Interessen großer Teile der lohnarbeitenden Klassen und der Be-

völkerung insgesamt, die Beachtung der internationalistischen solidarischen Dimension und andererseits um die Verbindung dieser Interessen mit einem grundlegenden Richtungswechsel der Politik. Dem entspricht auf konzeptioneller Ebene das Konzept einer doppelten Transformation in der heutigen Gesellschaft über sie hinaus (Klein 2003; Dellheim et al. 2012; Klein 2013; Klein 2014; Wright 2017; Dörre 2021; Fraser 2023). Um sich überzeugend dauerhaft in diesem Widerspruch bewegen zu können, ist mehr noch als bei anderen Parteien ein besonders hohes Maß an Strategiefähigkeit gefordert. Die Spannung von Strategie und Taktik ist sehr groß. Groß sind auch die Differenzen zwischen jenen, die von Fall zu Fall ggf. DIE LINKE wählen, aktiv mit ihr sympathisieren, sich in ihr engagieren, hauptberuflich für sie tätig sind, in parlamentarischen Gremien arbeiten oder Mitglieder von Landesregierungen sind. All dies wird durch die verschiedenen Ebenen von Politik – international, EU, Bund, Länder, Kreise, Kommunen sowie der großen wie kleinen Unternehmen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen usw. – noch einmal potenziert.

Um mit diesen Spannungen und Differenzen konstruktiv umzugehen und sie zur wechselseitigen Stärkung nutzen zu können, gibt es viele Wege – die der politischen Kultur, der Organisation, der gelebten, sich verbindenden Praxen. Wie die bisherige Analyse zeigen sollte, gehört dazu aber auch (und keinesfalls zuletzt) die Herausbildung und Entwicklung einer gemeinsamen ideologischen Identität – Ideologie hier verstanden als rationales Bewusstsein der kollektiven Gemeinsamkeiten in Differenz zu klar erkannten Gegnern und Feinden. Mit Gramsci muss man sich bewusst machen, »dass die Wahl und Kritik einer Weltanschauung [...] eine politische Tatsache ist«. Um einen eigenständigen »gesellschaftlichen Block« zu schaffen, der dem des Liberalismus und der Neuen Rechten entgegenzustehen vermag, bedarf es zumindest im bestimmten Maße einer »ideologischen Einheit« (Gramsci 1994: 1178, 1180). Hierin lag historisch die Bedeutung des Marxismus.

Angesichts der Tendenz, dass führende Vertreter der SPD nach 1900 den Anschluss an den herrschenden Block des deutschen Kaiserreichs suchten und die Partei in eine rein soziale und liberaldemokratische Reformpartei verwandelten, betonte Rosa Luxemburg die besondere Leistung von Karl Marx: »Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx *sozialistische Arbeiterpolitik*, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte *revolutionäre Realpolitik* ist.« (Luxemburg 1978b: 373) Eine solche Politik zielt darauf ab, die Vertretung der Interessen der lohnarbeitenden Klassen im breitesten Sinne mit den Zielen universeller solidarischer Emanzipation zu verbinden. Wie ich oben zu zeigen versucht wurde, ist dazu ein solidarisches

Mitte-Unten-Bündnis aufzubauen, das von der Unten-Perspektive ausgeht und sich auf die Klassenanalyse unter Einschluss der Analyse der Geschlechterverhältnisse, der ökologischen Frage, von Migration und Krieg stützt.

Die ideologische Hauptdifferenz in der Partei DIE LINKE besteht aus meiner Sicht zwischen denen, die von linksliberalen Positionen der Vielfalt ausgehen, und jenen, die nach einer dezidiert sozialistischen Begründung linker Politik suchen und den Klassencharakter der Gesellschaft ins Zentrum rücken. Vielen in der Partei ist diese Differenz gar nicht bewusst. Linksliberale Positionen orientieren sich normativ an den Rechten der Einzelnen, stellen deren Freiheit und Gleichheit in den Mittelpunkt und kritisieren von hier aus die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Linksliberalismus übernimmt die Grundprämisse des Liberalismus. Was für John Locke, den philosophischen Vater des Liberalismus, der historisch vergangene Naturzustand ist, verlegen die Anhänger des Linksliberalismus als Vision in eine anzustrebende Zukunft. Und während für Locke der Naturzustand durch das Handeln der Freien und Gleichen als Privateigentümer ihrer eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge mit eherner Folgerichtigkeit in eine kapitalistische Klassengesellschaft übergeht, und damit ganz im Sinne von Francis Fukuyama den möglichen liberalen Endpunkt der Geschichte erreicht hat (Fukuyama 1989), will der Linksliberalismus aus dieser Klassengesellschaft vorwärts zu jenem »Zustand vollkommener Freiheit« gelangen, der für Locke Ausgangspunkt war (Locke 1980: 99). Karl Marx hatte diese Vision im »Kapital« als Reflex der Sphäre des einfachen Warentauschs kritisiert, eine Sphäre, die für ihn aber eine spezifische Erscheinung der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise ist und weder in der Vergangenheit Wirklichkeit war, noch in der Zukunft jemals realisierbar sein würde.⁹ Ohne die Bindung der Freiheit der Einzelnen und organisierte Verantwortlichkeit für das Gemeinsame *auf der Basis* von klassenzentrierter Politik mündet diese Freiheit in kapitalistischer Ausbeutung, in Unterdrückung und Krieg. Sie wird tödlich (Brie 2019).

⁹ »Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andren kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.« (Marx 1962, 189f.)

Keine andere Frage ist so eng verbunden mit dem Selbstverständnis und zentralen strategischen Entscheidungen von Linksparteien wie die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese haben für DIE LINKE zugleich eine europäische Dimension. Während sich die Europäische Linkspartei klar als Partei gegen die Militarisierung der EU, gegen die NATO als Friedensmacht und für konkrete Abrüstungsschritte bis hin zu einem atomwaffenfreien Europa bis 2050 formuliert, kann sich die ELA nur zu Fragen der Verteidigung von Menschen- und Völkerrecht verbindlich einigen, in anderen Fragen bleibt sie z.B. aufgrund unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Positionen zur NATO unbestimmt, bzw. flexibel, um auf nationaler Ebene handlungsfähig zu bleiben. Damit aber müsste die im Raum stehende Entscheidung der LINKEN als Mitglied der EL oder ELA in Abhängigkeit von ihrer strategischen Ausrichtung getroffen werden, gemäß ihrem Gebrauchswert als antagonistischer Pol oder Teil einer rot-grünen Allianz. Sie könnte jedoch auch als einzige Partei mit ost-west-deutscher bzw. europäischer Geschichte ihre historische Verantwortung als Brückenpartei wahrnehmen und müsste hierzu jedoch verstärkt an einem alternativen, integrationsfähigen erweiterten Konzept kooperativer Sicherheit arbeiten.

In der LINKEN ist es nicht zuletzt der Konflikt um das Verständnis des Ukraine-Krieges, der die gegensätzlichen Positionen sichtbar gemacht hat. Die linksliberale Position fragt danach, wer diesen Krieg begonnen und die souveränen Rechte des ukrainischen Staates brutal verletzt hat – Russland. Damit soll das Wesen dieses Krieges erklärt sein. Eine sozialistische Position ist anders begründet, wie Heinz Bierbaum und ich deutlich gemacht haben: »Der Charakter eines Krieges ergibt sich nicht in erster Linie daraus, wer ihn begonnen hat, sondern welche Interessen in diesem Krieg politisch verfolgt werden. Und umso mehr ein Krieg eskaliert, umso deutlicher werden diese Interessen. Mittlerweile ist unübersehbar: Der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg zwischen zwei Imperien – dem von den USA geführten Westen und Russland. Es ist ein interimperialer Krieg auf dem Boden der Ukraine, verwandelt in ein Schlachthaus der Soldaten beider Seiten.« (Bierbaum/Brie 2024c; siehe auch Bierbaum/Brie 2024b; Wahl et al. 2025) Der Charakter des Ukraine-Kriegs als Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und als Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland ist aus einer solchen Sicht dem interimperialistischen Grundzug des Krieges untergeordnet.

Sozialistische Bewegungen bringen ständig »Kinderkrankheiten« hervor. Sie resultieren aus der intellektuellen und politischen Unwilligkeit und Unfähigkeit, solidarisch-emanzipatorische Wege zu finden, um die realen Widersprüche solcher Bewegungen, die auf die Überwindung des Kapitalismus zielen, zu bearbeiten. Dies gilt auch für den Linksliberalismus. Wenn man sich

bewusst macht, dass der Kapitalismus aus der Entfesselung der Macht von Privatinteressen, dem Niederreißen der Band des Gemeinschaftlichen, die dieser Macht Zügel anlegte, resultierte, wenn man sich vor Augen führt, dass die Dominanz von Kapitalakkumulation über Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet, dass die Anhäufung privaten Reichtums zum primären Ziel wird, dann ist auch klar, dass eine sozialistische Transformation eine starke Rolle der Repräsentanz der *gemeinsamen* Klasseninteressen an der Herstellung einer solchen neuen Gesellschaftsordnung gegenüber den Einzelnen realisieren muss, wenn sie erfolgreich sein will. Von Sozialismus als transformatorischer Bewegung kann nur dann die Rede sein, wenn in ihm das kommunistische Prinzip zukunftsorientierter solidarischer Gemeinschaftlichkeit autoritativ zur Wirkung kommt, ohne dabei das liberale Prinzip individueller Freiheit zu zerstören. Ein wirklicher Sozialismus muss nicht nur das liberale, sondern vor allem auch das kommunistische Erbe antreten (siehe zu diesem Sozialismusverständnis Brie 2022). Zu diesem Erbe gehören die öffentliche Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Wirtschaftsdemokratie und Formen der Vergesellschaftung der Verfügung, die irdische Natur, Frieden und gemeinsame Sicherheit.

Der Linkliberalismus ist eine ideologische Strömung, die die Ideale des Liberalismus gegen die kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse wendet. Er übernimmt die liberale Grundprämisse von der Freiheit und Gleichheit der Individuen und kritisiert ausgehend davon die Verhältnisse von Unfreiheit und Ungleichheit. Alle Verhältnisse, die nicht aus dem freien Willen der Individuen hervorgehen, werden als autoritär abgelehnt. Die scharfe Auseinandersetzung zwischen den Anhängern Proudhons und Bakunins einerseits und denen von Marx und Engels andererseits in der Ersten Internationale wurde genau um die Frage geführt, wie kollektive Handlungsfähigkeit zur Überwindung des Kapitalismus hergestellt werden kann und was dies für die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nach einer sozialistischen Revolution bedeutet. Während sich damals in der Internationale mit Marx und Engels das kommunistische Prinzip durchsetzte, wird gegenwärtig der westliche Sozialismus von linkliberalen Vorstellungen beherrscht. Eine zukunftsfähige Erneuerung des Verständnisses von Sozialismus in der Einheit von liberalen und kommunistischen Ansätzen steht noch aus, obwohl es einige Ansätze gibt. Aber ohne eine gemeinsame ideologische Identität der Mitgliedschaft und Führung wird DIE LINKE bei der nächsten Krise wieder zerbrechen. Genau diese Frage einer eigenen geistig-politischen und vor allem auch kulturellen Identität als sozialistische Klassenpartei wird aber in der Strategiediskussion der Partei bisher nicht gestellt. Das könnte sich als tödlicher Fehler herausstellen und einen neuen Absturz der Partei DIE LINKE herbeiführen.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik/Häusermann, Silja/Mitteregger, Reto/Mosimann, Nadja/et al. (2025): Trade-offs of social democratic party strategies in a pluralized issue space: a conjoint analysis, in: *World Politics*, Vol. 77, 1–95
- AG Strategieforen des ISM (2025): Zur Lage nach dem Bundestagswahlkampf – Thesen für die gemeinsame Diskussion, in: *Institut Solidarische Moderne*; www.solidarische-moderne.de/de/article/721.zur-lage-nach-dem-bundestagswahlkampf.html (29.6.2025)
- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg: VSA
- Aken, Jan van (2024): Bewerbungsrede auf dem Parteitag der Linken 2024, in: *Die Linke*; www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/hallescher-parteitag-2024/hallescher-parteitag/reden-und-grussworte/jan-van-aken/ (8.7.2025)
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2025): Hat sich die Arbeit gelohnt?, in: *Sozialismus.de*, (5), 22–25
- Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2022): Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Eine_starke_Partei_DIE_LINKE_Web2.pdf
- ARD Tagesschau (2025): Bundestagswahl 2025: Wen wählten Angestellte und Selbstständige?, in: tagesschau.de; www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-job.shtml (3.7.2025)
- Arendt, Hannah (1995): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München: Piper
- Balhorn, Loren (2025): Die Hoffnung stirbt zuletzt, in: *JACOBIN Magazin*; jacobin.de/artikel/linke-gysi-schwerdtner-vanaken-wahlkampf-bundestagswahl-umfragehoch-haus-tuerwahlkampf (2.8.2025)
- Baron, Christian (2016): Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten, Berlin: Das Neue Berlin
- Becker, Lia (2025). Der Horizont eines sozialen Antifaschismus - Neoliberale Faschisierung und das Momentum der LINKEN, in: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, (1), 6–15
- Becker, Lia (2025b): Nötig ist ein gesellschaftlicher Aufstand, in: nd-aktuell.de; www.nd-aktuell.de/artikel/1192272.linkspartei-noetig-ist-ein-gesellschaftlicher-aufstand.html (3.7.2025)
- Becker, Maximilian (2025): Der Zukunft zugewandt, in: *Links Bewegt*; www.links-bewegt.de/de/article/971.der-zukunft-zugewandt.html (21.6.2025)
- Benjamin, Walter (1982): [Erkenntnistheoretisches, Theorien des Fortschritts], in: *Das Passagen-Werk*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 570–611
- Berg, Frank/Koch, Thomas (2000): Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt (Explorationsstudie), Berlin: Dietz Verlag Berlin; www.rosalux.de/publication/14118/politikwechsel-in-mecklenburg-vorpommern.html
- Bierbaum, Heinz (2025a): Eröffnung der 6. Konferenz gewerkschaftliche Erneuerung am 2. Mai 2025. Politische Herausforderungen der Gewerkschaften in der Zeitenwende; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Veranstaltungen/2025/Eroeffnung_Heinz-Bierbaum.pdf
- Bierbaum, Heinz (2025). Mit Rüstung aus der Krise? Rede zur Eröffnung der 6. Konferenz

- gewerkschaftliche Erneuerung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Veranstaltungen/2025/Eroeffnung_Heinz-Bierbaum.pdf
- Bierbaum, Heinz (2025c): Raus aus der Defensive, in: *Rosa-Luxemburg-Stiftung*; www.rosalux.de/news/id/53249/raus-aus-der-defensive (3.9.2025)
- Bierbaum, Heinz/Brie, Michael (2024a): Die Klassenfrage ist das Modernste, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Linksliberal oder dezidiert sozialistisch*, Hamburg: VSA, 53–61
- Bierbaum, Heinz/Brie, Michael (2024b): Die Linke und der Ukraine-Krieg, in: Brie (Hrsg.): *Linksliberal oder dezidiert sozialistisch*, Hamburg: VSA, 68–72
- Bierbaum, Heinz/Brie, Michael (2024c): Wider den interimperialen Krieg!, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Linksliberal oder dezidiert sozialistisch*, Hamburg: VSA, 62–67
- Bischof, Daniel/Wagner, Markus/Abou-Chadi, Tarik/Kurer, Thomas (2025): Der Mythos der Stimmenverluste an die radikale Rechte, in: *Portal für Politikwissenschaft*; www.pw-portal.de/repraesentation-und-parlamentarismus/ueberblick/der-mythos-der-stimmenverluste-an-die-radikale-rechte (9.9.2025)
- Bischoff, Joachim (2014): *Finanzgetriebener Kapitalismus. Entstehung – Krise – Entwicklungstendenzen. Eine Flugschrift zur Einführung*, Hamburg: VSA
- Bontrup, Heinz-J. (2025): Der Rüstungskeynesianismus ist zurück, in: *Sozialismus.de*, (5), 26–30
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith (2023): Was wir von der PDS lernen können, in: *LuX-emburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, (1), 114–119
- Brecht, Bertolt (1958): Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, in: *Stücke*, Bd. IX, Berlin: Aufbau-Verlag, 183–376
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence: The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945–2005*, London New York: Verso Books
- Brie, Michael (2007): Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin: Karl Dietz, 13–45
- Brie, Michael (2006): Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmark-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg: VSA
- Brie, Michael (2019): Diese Freiheit tötet. Karl Polanyis Forschungsfrage, in: Rahlwes, Michael/Rudnick, Till/Papadakis, Nicos Tzanakis (Hrsg.): *Radikale Philosophie und Kritik der Politik: Festschrift für F.O. Wolf zum 75. Geburtstag*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 94–110
- Brie, Michael (2014): In welcher Epoche leben wir? Strategische Orientierung in schwierigen Zeiten, in: Schäfer, Paul (Hrsg.): *In einer aus den Fugen geratenden Welt. Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte*, Hamburg: VSA, 27–43
- Brie, Michael (2003): Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven. RLS Standpunkte, Nr. 3, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte0303.pdf
- Brie, Michael (2021). Transformation heißt, das Ganze wagen. Ökonomische Mobilisierung im Kampf gegen den Faschismus. USA 1940.1945. Eine Flugschrift, Hamburg: VSA
- Brie, Michael (2022): Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen von der Utopie zur Wissenschaft und zur Großen Transformation, Hamburg: VSA; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/MBrie_Sozialismus_neu_entdecken_RLS_VSA_2022.pdf
- Brie, Michael (2024): Von den Schwierigkeiten der Linken, gegen den Sturm zu segeln, in: *Linksliberal oder dezidiert sozialistisch*, Hamburg: VSA, 97–120

- Brie, Michael/Candeias, Mario (2016): Rückkehr der Hoffnung, in: *Neues Deutschland*; www.neues-deutschland.de/artikel/1033551.rueckkehr-der-hoffnung.html
- Brie, Michael/Chrapa, Bärbel (Hrsg.) (2005): Im Gedenken an Michael Chrapa – »... sein hundertfach Begonnenes ...«, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung; www.rosalux.de/publication/21437/im-gedenken-an-michael-chrapa-sein-hundertfach-begonnenes.html (15.9.2015)
- Butting, Oskar/Dörre, Klaus/Fülöp, Nora (2025): Klasse, Klima, Konflikt. Gesellschafts- und Naturbewusstsein in der Transformation, in: Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Michaelis, Lennart/et al. (Hrsg.): *Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel*, Frankfurt New York: Campus Verlag, 41–98
- Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindender-antagonismus (15.9.2025)
- Candeias, Mario (2022): Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE, in: *Rosa-Luxemburg-Stiftung*; www.rosalux.de/publikation/id/46565/eine-partei-mit-zukunft-die-linke (11.7.2025)
- Candeias, Mario (2023): Hat Die Linke »die Arbeiter« verloren? Nein, eigentlich nicht; www.rosalux.de/publikation/id/51679/hat-die-linke-die-arbeiter-verloren-nein-eigentlich-nicht (20.2.2024)
- Candeias, Mario (2024): Hat Die Linke die Arbeiter verloren? Interview, durchgeführt durch Thomas Lohmeier, in: *Links bewegt*; www.links-bewegt.de/de/article/822.hat-die-linke-die-arbeiter-verloren.html (11.7.2025)
- Candeias, Mario (2025a): Allianz eines sozialen Antifaschismus, kein Kartell der Parteien, in: *Institut Solidarische Moderne*; www.solidarische-moderne.de/de/article/726.allianz-eines-sozialen-antifaschismus-kein-kartell-der-parteien.html (29.6.2025)
- Candeias, Mario (2025b): Faschisierung an der Macht, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/faschisierung-an-der-macht (17.6.2025)
- Candeias, Mario (2025c): Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation (2024), in: *Monster verstehen. Eine Chronik des Interregnums*, Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne, 176–211
- Candeias, Mario (2025d): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums (2023), in: *Monster verstehen. Eine Chronik des Interregnums*, Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne, 124–133
- David, Olivier (2025): Antifaschistische Rentenpolitik, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1187063.altersarmut-antifaschistische-rentenpolitik.html (29.6.2025)
- Debus, Marc/Trautmüller, Richard (2025): Former Social Democratic Partisanship, Working-Class Background, and Support for Right-Wing Populist Parties: A Research Note, in: *Politische Vierteljahresschrift*; rdcu.be/eFZiy
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 332–367
- Dellheim, Judith (2023): Die Herstellung der »Zeitenwende«. Zur gesellschaftspolitischen Rolle des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_10-23_Kampfpolitik.pdf
- Dellheim, Judith (2025a): Der »militärisch-industrielle Komplex« in der Bundesrepublik Deutschland. Vortrag in Braunschweig am 21.5.2025
- Dellheim, Judith (2025b): Ein politisches Bündnisprojekt. Über antifaschistische Wirt-

- schaftspolitik, in: *Links Bewegt*; www.links-bewegt.de/de/article/1006.ein-politisches-buendnisprojekt.html (1.8.2025)
- Dellheim, Judith (2025c): Socio-ecological transformation versus ecological modernization. Manuskript
- Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Wolf, Frieder Otto/Spangenberg, Joachim (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin: Karl Dietz
- Demirović, Alex (2024): Die Partei als Produktivkraft, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/partei-als-produktivkraft (29.6.2025)
- Demirović, Alex (2025): Braucht es eine Erneuerung der Faschismustheorie?, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/braucht-es-eine-erneuerung-der-faschismustheorie (24.6.2025)
- Detje, Richard (2024): Wendemarke der Berliner Republik. Massenproteste gegen Rechtsextremismus – und ein möglicher Coup der AfD, in: *Sozialismus.de*, Vol. 491(2), 41–46
- Deutscher Bundestag (2023): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Stimmabgabe nach Beruf und Konfession (Zweitstimme), Berlin; www.bundestag.de/resource/blob/272928/Kapitel_01_11_Stimmabgabe_nach_Beruf_und_Konfession_Zweitstimme_.pdf.pdf
- DIE LINKE (2011): Programm der Partei DIE LINKE; www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/grundsatzdokumente/programm_format/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011_druckfassung2020.pdf (9.8.2024)
- Die Linke (2024): Unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, in: *Die Linke*; www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/ (18.9.2025)
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin: Matthes & Seitz Berlin
- Dörre, Klaus (2025): Abschiedsvorlesung; klaus-doerre.de/abschiedsvorlesung-jetzt-als-pdf
- Eco, Umberto (2020): Der ewige Faschismus, München: Carl Hanser Verlag
- Eifler, Ulrike/Fersch, Susanne/Richter, Jan (2022): DIE LINKE braucht einen Klassenkompass, in: *Sozialismus.de*, (12), 36–39; www.sozialismus.de/detail/artikel/die-linke-braucht-einen-klassenkompass/ (16.4.2023)
- Eribon, Didier (2016). Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Forum Demokratischer Sozialismus/Netzwerk Progressive Linke (2025): Die Erneuerung der Linken organisieren Gemeinsamer Aufruf des Forum Demokratischer Sozialismus und des Netzwerks Progressive Linke; [cdn.table.media/assets/berlin/erneuerung-der-linken-organisieren-\(1\).pdf](https://cdn.table.media/assets/berlin/erneuerung-der-linken-organisieren-(1).pdf)
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2), 71–76; www.blaetter.de/download/pdf/27653
- Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Friedrich, Sebastian (2025): Droht die Establishmentisierung der Linken?, in: *JACO-BIN Magazin*; jacobin.de/artikel/die-linke-linkspartei-merz-kanzlerwahl-unvereinbarkeitsbeschluss-cdu-union (29.6.2025)
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History?, in: *The National Interest*, Vol. 16(Summer), 3–18
- Goes, Thomas (2025): Mehr ökologische Klassenpolitik, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1190880.links-partei-mehr-oekologische-klassenpolitik.html (18.6.2025)
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 2. Heft 2 – 3, Hamburg: Argument

- Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 6. Philosophie der Praxis: Hefte 10 und 11, Hamburg: Argument
- Gramsci, Antonio (1998): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Bd. 8. Heft 16 – 21, Hamburg: Argument
- Gürpınar, Ates (2024): Der Anstieg nach der Talsohle, in: *Links Bewegt*; www.links-bewegt.de/de/article/936.der-anstieg-nach-der-talsohle.html (22.6.2025)
- Gürpınar, Ates (2025): Wir wachsen – und mit uns die Aufgaben, in: *Links Bewegt*; www.links-bewegt.de/de/article/959.wir-wachsen-und-mit-uns-die-aufgaben.html (21.6.2025)
- Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.) (2001): *Varieties of Capitalism The Institutional Foundations of Comparative Advantage: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford Univ. Press
- Hebel, Stephan (2025): Verteidigen, was wir kritisieren, und kritisieren, was wir verteidigen, in: *Institut Solidarische Moderne*; www.solidarische-moderne.de/de/article/724.verteidigen-was-wir-kritisieren-und-kritisieren-was-wir-verteidigen.html (29.6.2025)
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): *Deutsche Zustände. Folge 1–10*, Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp
- Heussner, Fred (2025): Antifaschistische Ökonomik? Na klar! Aber was heißt das?, in: *Exploring Economics*; www.exploring-economics.org/de/entdecken/antifaschistische-oekonomik/ (29.6.2025)
- Hildebrandt, Cornelia (2022): DIE LINKE am Scheideweg, in: *rosalux.de*; www.rosalux.de/news/id/47713/die-linke-am-scheideweg (2.8.2025)
- Hildebrandt, Cornelia (2025). Veränderungen der politischen Landschaft in Deutschland. Powerpoint eines Vortrags
- Hildebrandt, Cornelia/Scholz, Helmut (2024). Spaltungen der Linken in Europa in der Zeitenwende, in: *Sozialismus.de*, (12), 28–31
- Hoff, Benjamin-Immanuel (2025). Selbst- und Ungewissheiten der neuen Linkspartei, in: *Benjamin Hoff*; www.nachdenken-im-handgemenge.de/de/article/4282.selbst-und-ungewissheiten-der-neuen-linkspartei.html (29.6.2025)
- Horkheimer, Max (1987): Allgemeiner Teil, in: *Horkheimer*, Max (Hrsg.): *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Reprint der Ausgabe Paris 1936., Lüneburg: zu Klampen Verlag, 3–76
- Huffschmid, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg: VSA
- Hüning, Hasko (2024): Arbeit und Demokratie. »Auf dass Utopie Alltag werde«, in: *Zukunft der Arbeit? Mit Künstlicher Intelligenz und Big Data in das »Reich der Freiheit«? Arbeit und Demokratie*. Supplement zu Heft 9/2024 der Zeitschrift *Sozialismus.de*, Hamburg: *Sozialismus.de*, 28–52
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011). Eine offene historische Situation. Konfliktlinien – Szenarien – Eingriffsmöglichkeiten
- Kahrs, Horst (2022): DIE LINKE und ihre Wählerinnen und Wähler. Eine Geschichte des wechselseitigen Missverstehens?, in: *PROKLA*, Vol. 52(4), 591–606
- Kahrs, Horst (2025): Einige Anregungen für die Erneuerung linker, fortschrittlicher Politik, in: *Sozialismus.de*, (1), 13–17
- Kaufmann, Stephan (2025): Die Ökonomen-Antifa, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1187171.linke-wirtschaftspolitik-die-oekonomen-antifa.html (30.6.2025)
- Kitschelt, Herbert P./Rehm, Philipp (2022): Polarity Reversal: The Socioeconomic Reconfiguration of Partisan Support in Knowledge Societies, in: *Politics & Society*, 1–47; doi.org/10.1177/00323292221100220

- Klein, Dieter (2008): *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht*, Berlin: Dietz
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg: VSA; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Klein_Das_Morgen.pdf
- Klein, Dieter (2014): *Doppelte Transformation*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 101–125
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin: Dietz
- Klein, Naomi (2009): *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*, Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch
- Koltsida, Danai (2025): *The EU and the European Radical Left. One Year After the 2024 Elections*, Transform Europe; transform-network.net/blog/analysis/the-eu-and-the-european-radical-left-one-year-after-the-2024-elections/
- Krämer, Ralf (2025): *Hochrüstung ruiniert Sozialstaat und Zukunft; nie-wieder-krieg.org/wp-content/uploads/2025/08/Hochruestung-ruiniert-Sozialstaat-und-Zukunft.pdf*
- Krebs, Tom/Weber, Isabella M. (2025): *Ein Fair New Deal für Deutschland*, in: *Wirtschaftsdienst. Eine Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Vol. 105(1); www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/1/beitrag/ein-fair-new-deal-fuer-deutschland.html (30.6.2025)
- Lang, Susanne/Maruschke, Robert (2025): *Partei im Umbruch*, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/partei-im-umbruch (30.6.2025)
- Lehndorff, Steffen (2020): *New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können*, Hamburg: VSA
- Lenin, Wladimir I. (1915): *Der Zusammenbruch der II. Internationale*, in: *Werke*. Bd. 21, Berlin: Dietz, 197–256
- Locke, John (1980): *Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt* Klenner, Hermann (Hrsg.):, Leipzig: Philipp Reclam jun.
- Lucke, Albrecht von (2025): *GroKo ohne Alternative: Das Dilemma der Progressiven*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (6), 5–8; www.blaetter.de/ausgabe/2025/juni/groko-ohne-alternative-das-dilemma-der-progressiven (30.6.2025)
- Luxemburg, Rosa (1900): *Die sozialistische Krise in Frankreich*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin: Dietz, 5–73; www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1903/03/marx1.htm
- Luxemburg, Rosa (1916): *Die Krise der Sozialdemokratie*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin: Dietz, 49–164
- Luxemburg, Rosa (1978a): *Das Problem der »hundert Völker«*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 3, Berlin: Karl Dietz Verlag, 494–499
- Luxemburg, Rosa (1978b): *Karl Marx (1903)*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin: Karl Dietz Verlag, 369–377
- Marx, Karl (1962). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, in: MEW, Bd. 23, Berlin: Dietz
- Marx, Karl (1982). *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: MEW, Bd. 8, Berlin: Dietz, 111–207
- Mattei, Clara E. (2025): *Die Ordnung des Kapitals: Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten*, Berlin: Brumaire Verlag
- Matuschek, Ingo/Krähnke, Uwe/Kleemann, Frank (2013): *Gelebte Parteimitgliedschaft. Die LINKE als kollektiver Akteur*, Buch: Rosa-Luxemburg-Stiftung

- Matuschek, Ingo/Krähnke, Uwe/Kleemann, Frank/Ernst, Frank (2008): *Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Mayer-Ahuja, Nicole (2025): *Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann*, C.H.Beck
- Müller-Hilmer, Rita (2006): *Gesellschaft im Reformprozess. Studie zu politischen Typen in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2018): *Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017*, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung
- Netzwerk Progressive Linke (2025): Was tun. Für eine progressive Allianz, in: *Progressive Linke*; progressive-linke.de/was-tun-fuer-eine-progressive-allianz
- Ostiguy, Pierre (2017): *Populism: A Socio-Cultural Approach*, in: Kaltwasser, Cristobal Rovira/Taggart, Paul A./Espejo, Paulina Ochoa (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford/New York: Oxford University Press, 73–89
- Otte, Karoline (2025): Faschismus verhindern – progressiven Zusammenhalt wagen, in: *Institut Solidarische Moderne*; www.solidarische-moderne.de/de/article/728.faschismus-verhindern-progressiven-zusammenhalt-wagen.html (30.6.2025)
- Peters, Thorben (2025): Klassenbewusstsein statt Volksgemeinschaft, in: *Links Bewegt*; www.links-bewegt.de/de/article/973.klassenbewusstsein-statt-volksgemeinschaft.html (22.6.2025)
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA: Verlag
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2012): *Politische Strategie. Eine Grundlegung* 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Redaktion Sozialismus.de (2025): Schwarz-roter Koalitionsvertrag: Fortsetzung der sozialen Spaltung, in: *Sozialismus.de*, (5), 13–16
- Reißig, Rolf (2005): *Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand*, Berlin: Karl Dietz Verlag
- Sablowski, Thomas (2025): Das Gespenst der Deindustrialisierung, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/gespenst-der-deindustrialisierung (23.7.2025)
- Schlemmermeyer, Jan (2024): Linke ohne Wagenknecht. Gegen den Autoritarismus von links, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1179340.buendnis-sahra-wagenknecht-linke-ohne-wagenknecht-gegen-den-autoritarismus-von-links.html (2.7.2025)
- Schlemmermeyer, Jan/Nord, Thomas (2025): Gedanken zur Lage nach der Bundestagswahl und Handlungsperspektiven für das Netzwerk Progressive Linke, in: *Progressive Linke*; progressive-linke.de/gedanken-zur-lage-nach-der-bundestagswahl-und-handlungsperspektiven-fuer-das-netzwerk-progressive-linke
- Schmidinger, Thomas (2009): *Faschismus und autoritärer Etatismus*; homepage.univie.ac.at/thomas.schmidinger/php/texte/re_autoritaerer_etatismus.pdf
- Schwerdtner, Ines (2025a): Ab aus der Mitte, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1193638.rechtsruck-ab-aus-der-mitte.html (2.9.2025)
- Schwerdtner, Ines (2025b): *Praktischer Antifaschismus. 5 Thesen*. Manuskript
- Schwuchow, Torben (2024): *Eine Frage von Demütigung und Respekt? Kämpfe um Würde in der Arbeit*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung; library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21328.pdf (17.7.2025)

- Selk, Veith (2023): *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Slobodian, Quinn (2023): *Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen*, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Soltz, Ingar (2025): Gegen den linken Todestrieb, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1192762.linkspartei-gegen-den-linken-todestrieb.html (22.7.2025)
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus 1. Aufl.*, Berlin: Suhrkamp
- Strohschneider, Tom (2025): »Hat man sich die falschen Kämpfe ausgesucht?«, in: *Linke t!;dr*; engelbecken.substack.com/p/hat-man-sich-die-falschen-kampfe (30.6.2025)
- Taschke, Anika (2025): »Wir sind die Brandmauer«, in: *Zeitschrift Luxemburg*; zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-sind-die-brandmauer (30.6.2025)
- t-online (2025): Machtkampf auf der linken Spur: Linke und Grüne im Duell um die Jugend, in: *t-online*; www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100796206/gruene-gegen-linke-wer-gewinnt-den-kampf-um-die-jugend-.html (30.6.2025)
- Trappe, Nathalie (2025): Junge Linke kritisiert Talkshow-Auftritte von Politikern: »Verändert das irgendwas?«, in: *watson.de*; www.watson.de/!293457071 (29.6.2025)
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (5), 71–77; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/mai/die-mosaik-linke?print
- Varoufakis, Yanis (2025): Europas Weg in den Krieg und der Ausweg. Vortrag im Europa-Parlament, in: *Pressenza*; www.pressenza.com/de/2025/07/varoufakis-im-eu-parlament-europas-weg-in-den-krieg-und-der-ausweg/ (2.7.2025)
- Vehrkamp, Robert (2025): Selbstbeschädigung der Mitte, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung; www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/einwurf-012025-selbstbeschadigung-der-mitte (3.7.2025)
- Wagner, Aiko (2024): Eine Frage der Klasse? Analyse des Parteienwettbewerbs nach Berufsklassen und politischen Präferenzen, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung; library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21327.pdf (16.7.2025)
- Wahl, Peter/Crome, Erhard/Deppe, Frank/Brie, Michael (2025): *Weltordnung im Umbruch: Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt*, Köln: PapyRossa Verlag
- WASG (2005): Gründungsprogramm; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ADS/WASG_Gruendungsprogramm.pdf (27.7.2025)
- WASG/Linkspartei.PDS (2007): Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ADS/Programmatische_Eckpunkte.pdf (17.7.2025)
- Weber, Isabella M. (2024a): Can we now finally have a serious conversation about an anti-fascist economics?, in: *Twitter*; x.com/IsabellaMWeber/status/1854028015430185234 (3.7.2025)
- Weber, Isabella M. (2024b): So geht antifaschistische Wirtschaftspolitik, in: *JACOBIN Magazin*; jacobin.de/artikel/isabella-weber-preiskontrollen-inflation-trump-biden-antifaschistische-wirtschaftspolitik (3.7.2025)
- Weber, Isabella M./Scholle, Lukas (2025): Antifaschistische Wirtschaftspolitik ist dringender denn je, in: *Surplus – Das Wirtschaftsmagazin*; www.surplusmagazin.de/weber-antifaschistische-wirtschaftspolitik-wahl/ (3.7.2025)
- Weichold, Jochen (2013): Die WASG – eine zeitgenössische Arbeiterpartei. Ein Überblick über die kurze Geschichte der »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit«, in:

- JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, (Mai), 97–114; library.fes.de/jbzg/jbzg2013_2.pdf (17.7.2025)
- Wesser, Walther/Becker, Uli (2025): Die Agenda der Fleißigen, in: *nd-aktuell.de*; www.nd-aktuell.de/artikel/1190222.linksparlei-die-agenda-der-fleissigen.html (18.6.2025)
- Westheuser, Linus (2021): Pre-Political Bases of a New Cleavage? Social Identities, Moral Economy, and Classed Politics in Germany. Florence: Scuola Normale Superiore.
- Westheuser, Linus/Lux, Thomas (2024): Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass?; www.fes.de/politik-fuer-europa/detailseite-startseite/klasse-als-politischer-kompass-klassenbewusstsein-und-wahlentscheidung (30.6.2025)
- Windolf, Paul (2005): Was ist Finanzmarktkapitalismus, in: *Windolf, Paul* (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen/Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 20–57; www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/SOZ/APO/19-019_01.pdf
- Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp
- Zelik, Raul (2025): Treiber des Faschismus, in: *ak analyse & kritik*; www.akweb.de/bewegung/staat-oder-rechte-bewegungen-wer-sind-die-treiber-des-faschismus/ (30.6.2025)
- Zizek, Slavoj (2010): Zeit der Monster, in: *monde-diplomatique.de*, abrufbar unter: https://monde-diplomatique.de/artikel/!361634 (1.8.2025)

VSA: Zur Lage im Land

Joachim Rock Armut? Abschaffen!



Wege zur Überwindung von Ausgrenzung
in einem reichen Land
Fakten, Hintergründe, Vorschläge

VSA:

Eine Flugschrift

Joachim Rock: **Armut? Abschaffen!**

Wege zur Überwindung von Ausgrenzung in einem reichen Land. Fakten, Hintergründe, Vorschläge | Eine Flugschrift | 120 Seiten
€ 12.00 | ISBN 978-3-96488-249-3

Armut ist mitten unter uns, sie wächst und die Armen werden immer ärmer. In einem der reichsten Länder der Welt ist sie für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Um das zu ändern, müssen die Fakten ungeschminkt auf den Tisch.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/2809 5277-0
Fax 040/ 2809 5277-50
E-Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:

Klaus Lang Die rechte Mitte



Konservative Radikalisierung
von CDU und CSU?

VSA:

Eine Flugschrift

Klaus Lang: **Die rechte Mitte**

Konservative Radikalisierung von CDU und CSU? | Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-236-3

Die CDU ist seit ihrer Gründung eine konservative Partei der rechten Mitte, die sich gerade ein neues Grundsatzprogramm gegeben hat. Bindet die CDU mit ihrem Profil und Personal Wähler*innen aus einem rechten Spektrum an sich als demokratische Partei oder überschreitet sie selbst die Grenzen nach extrem rechts? Ein Blick auf gesellschaftliche Hintergründe und in die Geschichte der Unionsparteien.

www.vsa-verlag.de

VSA: Sozialismus-Debatten

Joachim Bischoff Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?



VSA: Von Engels' »Anti-Dühring« zum Epochenbruch am Ende des Zeitalters der Erschöpfung

Joachim Bischoff: **Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?**

Von Engels' »Anti-Dühring« zum Epochenbruch am Ende des Zeitalters der Erschöpfung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-172-4

Der Autor stellt die neuerlichen Debatten über eine »Utopie des Sozialismus« in den historischen Kontext und untersucht, wie es zum aktuellen Epochenbruch und zur veränderten Weltordnung kommen konnte.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/2809 5277-0
Fax 040/ 2809 5277-50
E-Mail: info@vsa-verlag.de

Klaus Dörre/Anna Mehlis/
Stephan Humbert/Bruno Saar (Hrsg.)

Sozialismus von unten?



VSA: Emanzipatorische Ansätze für das 21. Jahrhundert

Klaus Dörre/Anna Mehlis/
Stephan Humbert/Bruno Saar (Hrsg.)

Sozialismus von unten?

Emanzipatorische Ansätze für das 21. Jahrhundert
280 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-96488-234-9

Kann Sozialismus als Utopie konkret werden? Er kann, wenn nachhaltige und fortschrittliche Politik im Hier und Jetzt beginnen. Das zeigen die Beiträge von Studierenden und jungen Wissenschaftler*innen, die an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Ansätzen einer emanzipatorischen sozialistischen Politik von unten hierzulande und international nachgegangen sind.

www.vsa-verlag.de

VSA:



Sozialisumus.deAktuell: ohne Paywall – täglich aktualisiert!

- 👉 **Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen ökonomischen & politischen Ereignissen**
- 👉 **Inhaltsverzeichnis des aktuellen Heftes & drei Leseproben eine Woche vor der Printausgabe**
- 👉 **Dossiers zu aktuellen Ereignissen & Themen**
- 👉 **News, Tipps & Veranstaltungshinweise**
- 👉 **Archiv aller Inhaltsverzeichnisse, Kommentare & Leseproben aller erschienenen Heftes seit 2001**
- 👉 **Jahresregister seit 2001 als pdf-Dateien**
- 👉 **Links zu neuen VSA: Büchern**

»Damit die Partei DIE LINKE ausgehend von dem Neustart, der mit der Bundestagswahl 2025 verbunden war, auch weiter neue antreibende Kraft entfaltet, muss sie sich als lernende Partei ihrer Mitglieder und Führung in der Gesellschaft entwickeln. Wie Rosa Luxemburg in Zeiten der Finsternis, am Beginn des Ersten Weltkriegs, schrieb: ›[W]ir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben‹. [...] Im Kern des Lernens einer linken, den arbeitenden Klassen verpflichteten Partei stehen die Erfahrungen vor Ort und im Betrieb, in den Gemeinden und Städten, in den Parlamenten und Institutionen. Aus ihrer Reflexion müssen die Entwicklung und ständige Überprüfung der Strategie wie Taktik der Partei, ihrer Organisations- und Arbeitsweise erwachsen.

Dazu bedarf es der strategisch aufklärenden Gesellschafts- und Klassenanalyse, der Analyse der gesellschaftlichen Akteure und der herrschenden Eliten und ihrer Strategien, der ökonomischen, politischen wie kulturellen Umbruchprozesse, der geopolitischen Umgestaltungen und technologischen Entwicklungen. Und es verlangt die Herausbildung einer eigenen weltanschaulichen Identität, um Neoliberalismus und Neuer Rechter widerstehen zu können. [...]

Es geht darum, Grundkonflikte in der strategischen Diskussion der Partei herauszuarbeiten [und zu] prüfen, inwieweit es die vorliegenden Positionen erlauben, strategische Konturen für DIE LINKE als sozialistische Klassenpartei zu skizzieren.«